

Initiative Sozialistisches Forum  
**Die neue Friedensbewegung: etablierte Verbändepolitik  
 oder antimilitaristische Opposition?**

*Zur Entwicklung, dem Politikverständnis und zur sozialen Zusammensetzung der  
 Friedensbewegung*

Aus: Initiative Sozialistisches Forum  
*Frieden – je näher man hinschaut desto fremder schaut es zurück*  
*Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung,*  
 Freiburg (ça ira - Verlag 1984), S. 141 - 191

„Wenn es in Deutschland einen kollektiven Prozeß der Entschuldung für die  
 Zeiten des NS-Staates (und für zwei angezettelte Welt kriege) gäbe, dann  
 müßte er mit Ungehorsam beginnen; mit Insubordination, Zivilcourage und  
 Selbstorganisation.“

*Peter Brückner<sup>1</sup>*

Im alltäglichen Sprachgebrauch sind neue soziale Bewegungen eine besondere Form von Gruppenhandeln nach dem Modell von Bürgerinitiativen, die sich an der Verfolgung und Durchsetzung bestimmter partikularer Ziele und Interessen orientieren. Im Gegensatz zu Parteien fällt die Praxis einer sozialen Bewegung unmittelbar mit dem Engagement ihrer Mitglieder zusammen, die betreffenden Gruppierungen müssen in ihren Zielen von den Mitgliedern bewußt und aus innerer Überzeugung heraus unterstützt werden. Ferner versuchen soziale Bewegungen, den Status quo einer Gesellschaft im Sinne ihrer Bewegungsziele zu verändern; sie akzeptieren damit einen – wenn auch für partikulare Ziele – zukünftigen gesellschaftlichen Zustand als normativ wünschenswert und potentiell realisierbar.<sup>2</sup>

Abgesehen von der sozialistischen Schüler-, Studenten- und Lehrlingsbewegung um 1968 ist ein wesentliches Merkmal bundesdeutscher sozialer Oppositionsbewegungen, daß keine Zielorientierung aufs Ganze, auf die Veränderung des Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhangs kapitalistischer Gesellschaft existiert. Weder die früheren Friedensbewegungen noch die Ökologie- oder Häuserkampfbewegungen zielten insgesamt auf die Ausbildung einer Perspektive gesamtgesellschaftlicher Veränderung, auch wenn sie durch ihre soziale Praxis permanenter Eskalation an Grenzen des Systems gerieten oder sie überschritten und damit repressiven Reaktionen des Staatsapparates ausgeliefert waren.<sup>3</sup> Während Bürgerinitiativen stets Gegenmacht ausbilden wollten, reagiert die Friedensbewegung dagegen auf Veränderungen und Entwicklungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft hin zum Atomkrieg, die sie gleichsam vorbeugend bekämpfen will; sie verlängert gegebene Verhältnisse politischer Herrschaft projektiv in die Zukunft: die Friedensbewegung entwickelt keine Utopie, die den gegenwärtigen kapitalistischen Zusammenhang negativer Vergesellschaftung transzendieren würde – sei's durch den Anspruch auf direkte Demokratie, sei's durch emanzipatorische Selbstorganisation. Argumentationsmuster wie ständiges Ausspielen des Grundgesetzes gegen die faktische schlechte Realität oder die Forderung nach Volksabstimmung über die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen bewegen sich auf dem Niveau eines nörgelnden Staatsbürgers, der Stammtischpolitik als Veränderung begreift und die wahre Demokratie gegen die herrschende bundesrepublikanische Demokratie einfordert. Jenseits aller Verschwörungs- und Rädelsführertheorien soll in der folgenden Analyse gezeigt werden, wie wenig die Friedensbewegung dem Begriff einer emanzipatorischen, sozialen Oppositionsbewegung, die sich gegen die Delegation eigener Interessen an bürokratische Institutionen richtet, nahekommt. Mit der Friedensbewegung verbindet sich kein Anspruch auf direkte Demokratie, Selbstbestimmung und Selbstaufklärung.<sup>4</sup>

## 1. Friedensbewegung und hegemoniale Apparate

Vergleichen wir die Entwicklung der Friedensbewegung mit dem Begriff einer emanzipatorischen

<sup>1</sup> Peter Brückner, Vorbemerkung von 1978 zu 'Provokation', in: ders., *Selbstbefreiung. Provokation und soziale Bewegungen*, Berlin 1983, S. 13

<sup>2</sup> Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegung*, Frankfurt am Main 1978, S. 127-217, insbesondere S. 127-136

<sup>3</sup> Man denke dabei an die Brokdorf-Demonstration der Anti-AKW-Bewegung vom Februar 1981 mit mehr als 100.000 Teilnehmern, die sich bewußt gegen das von Gerichten erzwungene Demonstrationsverbot am Bau- platz wandte und damit für einen kurzen Moment massenhaft Loyalität gegenüber juristischem wie politischem Staatsapparat aufkündigte. Die Bürgerinitiativen versuchten, real Gegenmacht auszubilden.

<sup>4</sup> Im Sinne von Peter Brückners „Provokation“

Bewegung<sup>5</sup>, ergeben sich folgende Kritikpunkte: bereits am Anfang der Friedensbewegung als sozialer Bewegung standen die Politikformen institutionalisierter Großorganisationen und -verbände wie Aktion Sühnezeichen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz oder der GRÜNEN und des KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit). Von daher muß eine Überprüfung der Lernprozesse und Entwicklungsschritte der Friedensbewegung eine konkrete Dialektik zwischen Großorganisationen der Friedensbewegung und der Friedensbewegung als sozialer Bewegung entfalten. Denn einerseits erscheint die Friedensbewegung als Prozeß einer übergreifenden Interaktion zwischen rivalisierenden Großsubjekten, die in je verschiedener Weise, mit verschiedenen Politikansätzen und sozialen Diskursen auf die Problemsituation der Stationierung reagieren; andererseits als soziale Dynamik in den Neuen Mittelschichten als Auseinandersetzung über konsensuell hergestellte Protestformen, -inhalte und Handlungsstrategien. Eine fatale Arbeitsteilung ergibt sich zwischen verbandsmäßig organisierten Großorganisationen und Mitgliedern der Friedensbewegung: ASF, BBU oder KOFAZ dominieren die Aktionskonferenzen – und damit die Entscheidungen über die Außenvertretung gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit, ferner die politische Strategie und den Diskussions- und Praxiszusammenhang der Bewegung nach innen. Große Teile der Basis der Friedensbewegung, die sich lokal in Initiativen oder Friedensplena organisiert, verharren im Relativismus der Subkultur, in der jeder und jede Gruppierung für sich selbst recht behalten darf und sich allenfalls nach den gängigen Vorstellungen der großen Organisationen orientieren: „Zahlreiche überregionale Initiativen wie der Krefelder Appell, Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Kommunen, Europäische Konferenz in Berlin-West laufen quasi nebeneinander, die Fülle von Einzelinitiativen machen sie nahezu unüberschaubar, die hunderte von lokalen Friedensinitiativen fühlen sich überfordert, auf die Initiativen und Vorschläge, die tagtäglich in das Postfach gelangen, angemessen zu reagieren, sie sinnvoll einzuordnen.“<sup>6</sup> Deshalb orientieren sich lokale Initiativen unreflektiert an den Politmoden oder Organisationen, in deren Umfeld sie sich gegründet haben.

Wichtige Kriterien des emanzipatorischen Potentials sozialer Oppositionsbewegungen sind interne Öffentlichkeit, kritische Selbstreflexion des eigenen politischen Handelns und seiner Wirkung auf gesellschaftliche Totalität, demokratische Konsensbildung aller Mitglieder einer sozialen Oppositionsbewegung über Praxis und politische Ziele. Im wesentlichen ist die Friedensbewegung aber analog zur bürgerlichen Öffentlichkeit organisiert, die sich durch Ausgrenzung der Erfahrungen von fundamentalen Lebensbereichen (wie Sozialisation und gesellschaftliche Produktion) auszeichnet. Es findet daher in der Friedensbewegung keine Vermittlung von Erfahrung und Organisation statt, sondern sie wird von vornherein von Großorganisationen initiiert und dominiert, die nach dem Schema des bürgerlichen Idealvereins aufgebaut sind.<sup>7</sup> Die Ausgrenzung des Lebenszusammenhanges der einzelnen Mitglieder findet über die Organisation des Partialinteresses „Keine neuen amerikanischen Atomraketen in Europa“ statt und ist – durch ständig wechselnde Aktionsformen und neue Politikmoden konsequentes Abbild bürgerlicher Öffentlichkeit. Der abstrakte Gemeinwille – die Verhinderung der Stationierung – schlägt, bedingt durch die Organisationsform der Friedensbewegung, um in die konkrete Führung Einzelner, die das Allgemeininteresse als ihren besonderen Gegenstand behandeln. Dies führt zur Herauslösung partikularer Fraktionen und Führergruppen aus dem übergreifenden Diskussions- und Praxiszusammenhang. Politik wird dadurch personalisiert und zum Kompromiß der Führungsgruppen. Warum aber akzeptieren die Mitglieder der Friedensbewegung an der Basis die Entscheidungen der Führungsgruppen, z.B. für bestimmte Kampagnen?

Dies verweist auf den Begriff der Herausbildung von Hegemonie durch die Großorganisationen, wie ihn einst Antonio Gramsci für das Italien der zwanziger Jahre geprägt hat.<sup>8</sup> Der bürgerliche Staat als Gegenstand politischer Analyse kann nach Gramsci in den westlichen Ländern nicht nur als Gewaltstaat erklärt werden, der über das Gewaltmonopol als repressiver Staatsapparat die Reproduktion der Gesamtgesellschaft aufrechterhält. In Zeiten ökonomischer Krise kann der Staat ideologische Ressourcen und Loyalitätspotentiale mobilisieren, die die ideologische Vorherrschaft des Staats über die Gesellschaft garantieren. Deshalb muß sich die materialistische Analyse auf die den gesellschaftlichen Konsens herstellenden Institutionen wie Kirche, Schule, Gewerkschaften, Verbände und Medien erstrecken, die als „Hegemonieapparate“ der herrschenden Klassen fungieren. Diese hegemonialen Apparate, angesiedelt zwischen der unmittelbaren Ebene gesellschaftlicher Produktion (Ökonomie) und der Ebene eigentlicher Staatstätigkeit (Politik) sind formell vom Staat getrennt und somit „private“ Institutionen, die den ideologischen und kulturellen Selbstverständnis der subalternen Massen organisieren und reproduzieren. Sie garantieren den gesellschaftlichen Konsens der Massen und vermitteln zwischen ökonomischer Basis und dem Staat im engeren Sinne. Ihre spezifische Organisationsform (Verbände, Parteien, private und öffentlich-rechtliche Institutionen) ist in das herrschende Rechtssystem einbezogen, damit

<sup>5</sup> S. dazu Werner Hofmann, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung*, Berlin 1968; Otthein Rammstedt, a.a.O.

<sup>6</sup> BAF-Info, o.O., Januar 1983, S. 3

<sup>7</sup> Zum Begriff bürgerlicher Öffentlichkeit siehe Oskar Negt/Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt 1972; insbesondere „Der bürgerliche Idealverein und die Parteifrage“, a.a.O., S. 421 ff

<sup>8</sup> Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis*, Frankfurt am Main 1967

sind die hegemonialen Apparate als Teil des Staates zu verstehen: der bürgerliche Staat „erweitert“ sich um ebendiese „privaten“ Einrichtungen (der „integrale“ Staat bei Gramsci): „Es können bisher zwei große 'Stockwerke' des Überbaus festgestellt werden: einmal das, was man 'bürgerliche Gesellschaft' (società civile) nennen kann, das heißt die Gesamtheit aller gemeinhin 'privat' genannten Organismen, zum anderen aber die 'politische Gesellschaft' oder den Staat; sie (erstere) entsprechen der 'hegemonialen' Funktion der herrschenden Klassen innerhalb der Gesamtgesellschaft und (zweitere) der 'direkten Herrschaft' oder dem Befehl, wie er sich im Staat oder durch die 'legale' Regierung ausdrückt.“<sup>9</sup>

Die hegemonialen Apparate organisieren den spontanen Konsens, die Zustimmung der Massen zur Politik und Ideologie der herrschenden Klassen oder bestimmter Führungsgruppen; sie vermitteln durch die Praxis der Homogenisierung widersprüchliche, spontane Formen des Alltagsbewußtseins mit philosophischem und politisch-theoretischem Denken. Im Alltagsverstand der Massenbasis finden sich nebeneinander „... Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten Wissenschaft, lokale Vorurteile aller vergangenen geschichtlichen Phasen und zugleich Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die dem in der ganzen Welt geeinten Menschengeschlecht eigen sein werden.“<sup>10</sup> Hegemonie herauszubilden bedeutet dann, dem spontanen Ausdruck der Massen eine einheitliche, dynamisch-prozeßhafte Repräsentationsform zu geben. Hegemonie bedeutet aber nicht nur einseitige ideologische Zurichtung der Massen im Sinne der Führung eines hegemonialen Apparates, sondern auch ständiges Umarbeiten und Reproduzieren ideologischer Inhalte zwischen Basis und Führung, die den sich verändernden Gegebenheiten angepaßt werden müssen. „Die Tatsache der Hegemonie setzt unzweifelbar voraus, daß die Tendenzen der Gruppen, über die die Hegemonie ausgeübt wird, berücksichtigt werden, daß ein gewisses Kompromißgleichgewicht sich herausbildet...“<sup>11</sup>

Denn die hegemonialen Apparate sind vielfältig, unterschieden, relativ autonom und fähig, ein objektives Feld für Widersprüche zu bieten, das teilweise begrenzten, teilweise aber auch heftigen Schockwirkungen oder Erschütterungen durch soziale Oppositionsbewegungen oder Klassenkämpfe unterliegt. In Momenten gesellschaftlicher Krise kann es zur Aufkündigung der Hegemonie von unten kommen: „An einem gewissen Punkt ihres historischen Lebens lösen sich die sozialen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, d.h. die traditionellen Parteien werden in dieser organisatorischen Form, mit diesen bestimmten Personen, die sie konstituieren, vertreten, führen, nicht mehr als Ausdruck ihrer Klasse oder Klassenfraktion anerkannt. Wenn die Krisen sich bewahrheiten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich...“<sup>12</sup>: es kommt zum hegemonialen Bruch.

Wenn die soziale Basis eines hegemonialen Apparates gespalten wird, löst sich sein Zusammenhang in eine Vielzahl konkurrierender Projekte auf, die um seine Neu- und Umgründung ringen, indem sie versuchen, erneut ein hegemoniales Kontinuum zwischen politischer Führung, wissenschaftlicher Politikbegründung und dem sozialen Alltagsverstand der Basis zu stiften. Dieser Prozeß des Zerfalls der Hegemonie äußert sich als chaotische und ungeordnete Bewegung, als Aufbrechen von Widersprüchen kultureller, ökonomischer oder politischer Art, die sich einen neuen Ausdruck suchen.

Die Friedensbewegung ist Reaktion auf den Zerfallsprozeß sozialdemokratischer Hegemonie, bei dem Interessenorganisationen wie ASF, BBU oder KOFÄZ oder andere politische hegemoniale Apparate wie die GRÜNEN einen Teil jener konkurrierenden Projekte darstellen, die eine Neu- oder Umgruppierung des hegemonialen Blocks der Sozialdemokratie erzwingen. Die Friedensbewegung wird von 'privaten' Verbänden dominiert, die in ihrer Funktion als „società civile“ auf das Massenbewußtsein einwirkende und Konsens stiftende Institutionen wie Kirchen, Bürgerinitiativen, Partei-Untergruppierungen und andere Massenorganisationen umfassen. Protest- und Demonstrationsformen waren in appellativer Form an die Adresse der sozialliberalen Regierung gerichtet, die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zurückzunehmen. In der Friedensbewegung entfaltet sich eine Dialektik von Kontinuität und Bruch: die Bewegung lebte von der Kritik an der SPD und wollte durch Demonstrationen eine bessere sozialdemokratische Friedenspolitik gegen die SPD-Regierung durchsetzen. Insbesondere das KOFÄZ-Spektrum, ASF und BBU setzten bis 1982 auf die Durchsetzung des Eppler-Lafontaine-Flügels innerhalb der SPD, um die sozialdemokratische Bundesregierung vom NATO-Doppelbeschluß abzubringen. Insofern ist die Friedensbewegung kein autonomes und strategisches Projekt zur Umwälzung versteinelter kapitalistischer Verhältnisse, sondern Reaktion auf jenen Zerfallsprozeß sozialdemokratischer Hegemonie, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise von 1974 erschüttert wurde und zunehmend, etwa im „Deutschen Herbst von 1977“, gesellschaftlichen Konsens mit Mitteln des Zwangs herstellte. Zuvor war es der SPD, genauer: der sozialliberalen Koalition, nach 1969 gelungen, Teile der exportorientierten Kapitalfraktionen, der Klasse der gewerkschaftlich

<sup>9</sup> Gramsci, a.a.O., S. 412

<sup>10</sup> Ebd., S. 130

<sup>11</sup> Antonio Gramsci, *Note sul Machiavelli...* Torino 1966, S. 50. Hier zitiert nach Christine Buci-Glucksmann, *Gramsci und der Staat*, Köln 1981, S. 93

<sup>12</sup> Ders., *Note sul Machiavelli*, a.a.O., S. 31; nach Buci-Glucksmann, a.a.O., S. 78

organisierten Facharbeiter und der Neuen Mittelschichten in einem ideologischen wie ökonomischen Block zusammenzubringen und deren Interessen in bezug auf eine

- Ausweitung der Staatsfunktionen (Sozial- wie Bildungsreformen, Wissenschaften, Planung und Regulierung),
- dem „gemeinsamen“ Produktionsinteresse von Lohnarbeit und Kapital“ (ungehinderte, aber tariflich geregelte Kapitalakkumulation, Modernisierung der Produktion, Sicherung der Arbeitsplätze wie Lohnniveau) und dem
- Keynesianismus als klassenübergreifender Ideologie (Beseitigung von Wirtschaftskrisen durch Planung, ökonomisches Fundament für Reformen) zu koordinieren und zu bündeln.

Eine Umorientierung in der Außen- und Sicherheitspolitik, imperialistische Weltmarktexpansion und innere Reformen stifteten jenen Konsens des „Modell Deutschland“ (SPD-Wahlslogan von 1976) „im Sinne der politischen und kulturellen Hegemonie einer sozialen Gruppe über die ganze Gesellschaft“ (Antonio Gramsci).<sup>13</sup> Jenes sozialdemokratische Projekt entsprach einer Dynamik der gesellschaftlichen, der ökonomischen und politischen Struktur, präzisen Interessen der beteiligten Klassen und Gruppen ebenso wie der Zwangslage und Aussichtslosigkeit konservativer Herrschaft.

Erfolg und Dynamik des „sozialdemokratischen Projekts“ hingen in entscheidendem Maße von der Modernisierung des produktiven Sektors der bundesdeutschen Gesellschaft, der Konkurrenzfähigkeit und Dominanz seiner Einzelkapitale auf dem Weltmarkt ab: die langanhaltende Prosperität während der CDU-Regierungen hatte die Branchenstruktur zugunsten der technologisch fortgeschrittenen, wachstumsintensiven und exportorientierten Industrien verändert, die in diesen Sektoren tätigen Gewerkschaften (IG Metall, IG Chemie, ÖTV u.a.) in ein korporativistisches Modell eingebunden und auftretende Probleme sozialstaatlich, z.B. über Umschulung und Qualifizierung der Arbeitskraft, kompensiert. Auch der sozialdemokratische Staat erweiterte seine Funktionen: kapitalkonforme Reformen bei Bildung und Sozialausgaben, Erweiterung der Infrastruktur und weitere Durchkapitalisierung der familiären Sozialstrukturen über Rente, Bafög und Arbeitslosengeld. Dazu kam die Modernisierung der Produktion durch Ausweitung des Forschungs- und Entwicklungsetats für Luft- und Raumfahrt, AKW's und Datenverarbeitung, neue Medien und Medizin.<sup>14</sup>

Der Vorrang des industriellen Weltmarktsektors, die explosionsartige Ausweitung des Bildungs- und Sozialisationsbereiches, der Niedergang traditioneller Industriebranchen (z.B. Kohle) wie auch der Landwirtschaft bewirkten eine tiefgehende Veränderung der Klassenstruktur, der Ideologien und Bedürfnisse sozialer Gruppen und ihrer affektiven wie sozialpsychologischen Struktur. Diese sozialdemokratische, staatliche Intervention in die soziale Klassenstruktur der BRD führte zu einer Neuformierung der Mittelschichten:

„Wichtige Teile der alternativen sozialen Bewegungen entstammen dem Bildungs- und Reformmittelstand, der vor allem durch Umschichtungen seit den 60er Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Der Anteil an Schul- und Hochschulbildung und überhaupt an nichtkörperlicher Arbeitsqualifikation hat erheblich zugenommen, ebenso der technischen und intellektuellen Berufsgruppen, die mit programmierenden, überwachenden, sozial steuernden und dienstleistenden Funktionen von Wirtschaft und Staat angewachsen sind.“<sup>15</sup> Die Neuformierung einer Sozialisationsintelligenz, Menschen in Sozialarbeits- und Gesundheitsberufen, Architekten und Ingenieure, Techniker und Spezialisten und deren quantitativen wie qualitativen Ausweitung innerhalb der Sozialstruktur<sup>16</sup> führte zum Anwachsen einer neuartigen Massenbildung und Massenqualifikation, die wegen systemimmanenter Erfordernisse (den veränderten Bedingungen der hochqualifizierten Arbeitsteilung) bis zu gewissen Grenzen gefördert wurde. Zugleich geriet sie in Widerspruch zur Perspektivlosigkeit qualifizierter Arbeit, hierarchischen und autoritären Prinzipien, Verunsicherung versprochener Privilegien und der Verschärfung der Selektionsmechanismen. Schon vor, aber explizit seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1974 verengte sich der Raum staatlicher Konzessionen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Soziales immer mehr; eine massenhaft erfahrene ökonomische, politische und soziale Ausgrenzung durch Berufsverbote, Stärkung polizeistaatlicher Organe, Arbeitslosigkeit und die Rücknahme sozialdemokratischer Reformen schlugen in den Folgejahren auch auf den Neuen Mittelstand durch. Soziale Segmentierung, eine zunehmende Tendenz zur Marginalisierung von Gruppen quer durch die sozialen Schichten und

<sup>13</sup> Ders., *Passato e presente*, Torino 1966, S. 164

<sup>14</sup> Dazu Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Frankfurt am Main 1982; Joachim Hirsch, *Der Sicherheitsstaat. Modell Deutschland und neue soziale Bewegungen*, Frankfurt/Köln 1980

<sup>15</sup> Michael Vester, Von neuen Plebejern, Emanzipation und Massenstreiks. Thesen zur Klassen- und Schichtstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen, in: *Frankfurter Rundschau* vom 5.4.1983

<sup>16</sup> Ebd.; ferner K.W. Brand/D.Büsser/D. Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/New York 1983, S. 35: „Nach einschlägigen empirischen Untersuchungen sind es vor allem Beschäftigte im sozialen Dienstleistungsbereich, Sozialarbeiter, Lehrer, Pfarrer, Ärzte, künstlerische Berufe, Journalisten, sozialwissenschaftliche Intelligenz etc...“

Klassen der bundesdeutschen Gesellschaft war Ausdruck einer mit dem SPD-„Modell Deutschland“ eingeleiteten Spaltung in einen im industriellen Wachstumskern beschäftigten Teil und in die vielfältig an den Rand gedrängten Vereinzelten. Es ist kein Zufall, daß die Partei der GRÜNEN in jenem historischen Moment entstand, in dem der soziale Block, der bisher die SPD und teilweise auch die FDP gestützt hatte, zerbrach. Die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der GRÜNEN versuchten, einen alternativen hegemonialen Block in Konkurrenz zur Sozialdemokratie zu begründen.

Die Kritik der Neuen Mittelschichten an der SPD fand ihren konzentriertesten Ausdruck in der Friedensbewegung, am konkreten Punkt der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Im Gegensatz zur sozialistischen Studenten- und Lehrlingsbewegung von 1968 spielten nun hegemoniale Apparate in immer stärkerem Maße eine Vermittlerrolle zwischen sozialen Bewegungen und sozialdemokratischem Staatsapparat; mehr und mehr ging der autonome Entfaltungsspielraum außerparlamentarischer Bewegungen verloren und näherte sich traditionellen, bürgerlichen Organisationsformen wie Vereinen an oder verpuffte in dynamischen, aber fast erfolglosen Basisrevolten gegen den herrschenden Block (Hausbesetzerbewegung). Bei einer rückblickenden Betrachtung der Friedensbewegung kann man durchaus einen geringen Institutionalierungsgrad feststellen, wie er sich über Spontaneität, Autonomie der Mitglieder, geringe Formalisierung, personelle Fluktuation und phasenabhängige Mobilisierung ausdrückt. Entscheidend ist jedoch, daß sich die lokalen Initiativen, Stadtteilgruppen und Friedensplena in ihren Politikgehalten an den hegemonialen Apparaten und von diesen ausgehenden Kampagnen orientierten: vorliegende Berichte und Analysen zu lokalen Friedensaktivitäten belegen dies.<sup>17</sup> Vermittelnde Bindeglieder zwischen sozialer Basis und hegemonialen Apparaten waren die „organischen Intellektuellen“ (Gramsci) in der Friedensbewegung: „In vielen Fällen waren es nämlich Lehrer, Pfarrer oder politische Mandatsträger, die die Initiative zur Bildung örtlicher Gruppen ergriffen haben.“<sup>18</sup>

Diese organischen Intellektuellen strukturieren die diffusen Zukunftsängste der Neuen Mittelschichten, Gefühle der Leere und der Beziehungslosigkeit, ökonomische Schwierigkeiten ebenso wie Erfahrungen der Sinnentleerung von Arbeit und Tendenzen wachsender sozialer Isolierung. Die Atombombe als Angstobjekt zieht Ängste aus den verschiedensten Quellen auf sich, aber die organischen Intellektuellen der hegemonialen Apparate konstituieren den Zusammenhang von ökonomischer und sozialpsychologischer Krise und Bedrohung der Sicherheit durch die Atombombe. So erscheint die Friedensbewegung als Reaktion auf ökonomische und sozialpsychologische Zustände, als jene „Panik“, die nach Freuds Theorie aus „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ dort sich einstellt, wo kollektive Identifikationen einer gesellschaftlichen Gruppe zerbrechen und nach einem neuen Ausdruck suchen, den herzustellen die organischen Intellektuellen bemüht sind. „Eine Panik entsteht, wenn eine solche Masse sich zersetzt. Ihr Charakter ist, daß kein Befehl des Vorgesetzten (hier: SPD-Regierung, d. V.) mehr angehört wird und daß jeder für sich selbst sorgt ohne Rücksicht auf die anderen. Die gegenseitigen Bindungen haben aufgehört und eine riesengroße sinnlose Angst wird frei.“ (Sigmund Freud)<sup>19</sup>

Diese Quellen der Angst, als zentralem Topos der Friedensbewegung, lagen nicht in den Problemen der Friedenssicherung, sondern in ganz anderen Konstellationen, deren Angstpotential durch Verschiebung zur Angst vor der Atombombe wurde. Denn nicht der NATO-Doppelbeschuß war Ursache und Quelle der Angst, die massenhaft im sozialen Umfeld der Neuen Mittelschichten entstand, sondern die ideologische wie politökonomische Krise des sozialdemokratischen Projekts, welches die individuellen Perspektiven dieser Menschen zerstörte. Dazu nochmals Sigmund Freud: „Es steht eben zur Erklärung, warum die Angst so riesengroß geworden ist. Die Größe der Gefahr kann nicht beschuldigt werden, ... und es gehörte gerade zum Wesen der Panik, daß sie nicht im Verhältnis zur drohenden Gefahr steht, oft bei den wichtigsten Anlässen ausbricht. Wenn der einzelne in panischer Angst für sich selbst zu sorgen unternimmt, so bezeugt er damit die Einsicht, daß die affektiven Bindungen aufgehört haben, die bis dahin die Gefahr für ihn herabsetzten. Nun, da er der Gefahr allein entgegensteht, darf er sie allerdings höher einschätzen. Es verhält sich also so, daß die panische Angst die Lockerung der libidinösen Struktur der Masse voraussetzt und in berechtigter Weise auf sie reagiert, nicht umgekehrt, daß die Libidobindungen der Masse an der Angst vor der Gefahr zugrunde gegangen wären.“<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Karl Bronke/Gerd Wenzel, Im Stadtteil: von der Betroffenheit zum Widerstand, in: Christoph Butterwegge (Hrg.), *Friedensbewegung nach der Stationierung: Was nun?*, Hamburg 1983, S. 148-158 ; Lothar Bading, Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – Politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen, in: *Institut für Marxistische Studien und Forschungen* (Hrg.), *Marxistische Studien, Jahrbuch 5*, Frankfurt am Main 1982, S. 107-143; Thomas Harms, Probleme der neuen Friedensbewegung, in: IMSF (Hrg.), a.a.O., S. 201-212 (Kölner lokale Friedensinitiativen); Hans-Josef Legrand, *Friedensbewegungen in der Bundesrepublik 1980-1982*, Bonn 1983, S. 127-130 (erhältlich über den Autor, Hans-Josef Legrand, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn 1)

<sup>18</sup> Legrand, a.a.O., S. 129

<sup>19</sup> Sigmund Freud, *Massenpsychologie und Ich-Analyse*, in: ders., Werkausgabe in zwei Bänden, Frankfurt am Main 1978, S. 447

<sup>20</sup> Ders., a.a.O., S. 447

Massenhaft sich in der Friedensbewegung durchsetzende Protestformen wie Die-ins auf den Straßen, ständige Beschwörungen eines „Euroshima“, die nicht mehr zu übersehende Flut von Katastrophen- und Endzeitromanen, nicht zuletzt der gut besuchte Kinofilm „The day after“ sind empirischer Beleg für das Massenphänomen Angst. Die Angst vor krisenhaften Entwicklungen verband sich mit der Angst vor dem Unvorhersehbaren. Gesellschaftliche Bedingungen wie die Perspektivlosigkeit qualifizierter Arbeit, die Unsicherheit versprochener Privilegien und die Marginalisierung durch Selektionsmechanismen als Ausdruck der Krise verwandelten sich in der Wahrnehmung von breiten Teilen der Neuen Mittelschichten in den Zufall eines Atomschlages, dessen Ursache unbekannt schien. Thomas Leithäuser, Birgit und Ute Volmerg bestätigten dies in empirischen Studien: „Erst recht bedrohlich ist aber die Vorstellung, es könnte bei dem Konfliktstoff, der sich angesammelt hat, mit einem Schlag losgehen... Wir sitzen auf einem 'Pulverfaß', vieles kann dies zum Explodieren bringen, vor allem Zufälle“, ist die häufige Meinung von Friedensaktivisten.<sup>21</sup>

Über die ideologischen Grundströmungen, die relevante Teile der Neuen Mittelschichten erfaßten, schreiben Brand u.a., daß eschatologische Endzeiterwartungen, 'no-future'-Stimmungen, rückwärtsgewandte politische Romantik sowie mystischer Eskapismus eine eigentümliche modernitätskritische Masse bildeten, die sich in der Friedensbewegung und ihrer konkreten Praxis ausdrückten.<sup>22</sup> Vor allem symbolische Aktionen wie Die-ins oder Schweigen für den Frieden, denen jeglicher Bezug zu politischer Aufklärung und Provokation gegenüber versteinerten Verhältnissen fehlt, verweisen auf sozialpsychologische Motivationen, die mit konkreten gesellschaftlichen Bedingungen von Aufrüstung als Ursache des Engagements nichts zu tun haben. „Bei den Massen können die entgegengesetztesten Ideen nebeneinander bestehen und sich miteinander vertragen, ohne daß sich aus deren logischem Widerspruch ein Konflikt ergäbe... Das Irreale hat bei ihnen stets Vorrang vor dem Realen, das Unwirkliche beeinflußt sie fast ebenso stark wie das Wirkliche. Sie haben die sichtliche Tendenz, zwischen beiden keinen Unterschied zu machen.“ (Freud)<sup>23</sup>

Allerdings mußte schon vor dem NATO-Doppelbeschluß die Gefährlichkeit nuklearer Aufrüstung klar gewesen sein; aber erst die massenhafte emotionale Besetzung der Atombombe, die mit Verschiebungen im kollektiv Bewußten wie Unbewußten einherging, machte sie für viele zum Problem, das zu verändertem Denken wie Handeln zwang. Dem organischen Intellektuellen aber fällt die Aufgabe zu, diesen Zusammenhang zwischen Krisenerfahrung, Angst und Friedensengagement herzustellen: „Weiter kann Angst minimiert werden durch die Stärkung des Ich, durch Aufbau von Vertrauen. Vertrauen wird dann aufgebaut, wenn Menschen sich von anderen Menschen angenommen fühlen, wie sie gerade sind, ohne alle Vorbedingungen. Der Kern der christlichen Botschaft, die Vergebung der Sünden, zielt genau auf solche bedingungslose Annahme des sündigen Menschen durch Gott... Was die speziellen christlichen Strategieelemente betrifft, Leiden, Verzicht, Stellvertretung, bedingungslose Annahme anderer Menschen, so handelt es sich dabei um Zumutungen, die Christen nur dann glaubhaft verkünden können, wenn sie selbst nach diesen Zumutungen leben.“<sup>24</sup>

Soweit ein Zitat aus der vielgelesenen Broschüre der christlichen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) mit dem Titel „Das christliche Verständnis vom Frieden“. Analog zu Gramsci wird durch dieses Zitat deutlich, wie Ideologien des Höhlenmenschen (christliche Botschaft), Theorieverschnitte aus der Psychoanalyse (Stärkung des Ich), politische Diskurse und Stereotypen des Alltagsbewußtseins zu einem seltsamen Amalgam modernisierter Theologie zusammenschließen und damit kulturelle Hegemonie innerhalb der Friedensbewegung politisch organisiert wird. Aus den angeführten Gründen darf es nicht verwundern, daß sich die soziale Basis der Friedensbewegung nicht gegen die Interessenvertretung durch hegemoniale Apparate wendet, keine kritische interne Öffentlichkeit ausbildet, vorgegebene Politikmuster übernimmt und keine Diskussion darüber führt, wie Abrüstung real gegen den herrschenden politischen und ideologischen Block durchzusetzen ist.

## 2. Entstehung, Entwicklung und Perspektiven der Friedensbewegung

„Und wenn die Behörde Prozessionen, Maskeraden, Bälle und folkloristische Feste genehmigt, dann wirkt die Besitzergreifung und Wiederinbesitznahme der Straße durch den Menschen wie eine Karikatur.“

*Henri Lefebvre*

Erst in einem sehr späten Stadium, im Juni 1983, als die Stationierung amerikanischer Mittelstre-

<sup>21</sup> Thomas Leithäuser/Birgit Volmerg/Ute Volmerg, *Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnisse – Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag*, Frankfurt am Main 1983, S. 17

<sup>22</sup> Brand u.a., a.a.O., S. 19

<sup>23</sup> Sigmund Freud, a.a.O., S. 434 f.

<sup>24</sup> Gerhard Liedke, Das christliche Verständnis vom Frieden, in: AGDF (Hrg.), *Gewaltfreies Handeln in der Bewährung*, Bonn 1983, S. 13

ckenraketen unmittelbar bevorstand, kursierte in der Friedensbewegung ein Papier, welches zum ersten Mal eine genauere Bestimmung der politischen Mittel zur Verhinderung der Nachrüstung formulierte: das „Rosa Bloch“-Papier<sup>25</sup>. Hier wurde der Generalstreik als „die zweifellos wirksamste Widerstandsform gegen die Raketenstationierung“ benannt, der allerdings „nur durch ein Wunder“ zustande käme.

Interessanter war die Beurteilung der Massendemonstrationen der Friedensbewegung, eine der hauptsächlichsten Protestformen: „In den stabilen bürgerlichen Demokratien stellen dagegen (im Unterschied zu diktatorischen Regimes à la Chile, d. V.) bloße Demonstrationen, so massenhaft sie auch sein mögen, für die bürgerliche Herrschaft keine Gefahr dar. Noch mehr sind politische Demonstrationen Bestandteil der bürgerlichen Demokratie. Die Großdemos am 22. Oktober (1983, d. V.) bei einer Gesamtteilnehmerzahl von ein bis zwei Millionen werden die Regierenden in Bonn zwar beeindruckt, aber sie nicht massiv unter Druck setzen... (Erst) eine um sich greifende Loyalitätskrise, das ist der politische Druck auf die Regierenden in Bonn, der sie zu einer wie auch immer gearteten Abkehr vom NATO-Doppelbeschluß bringen kann... Erst wenn es uns gelingt zu erreichen, daß es nicht bei einigen wenigen Aktionen (zivilen Ungehorsams, d. V.) bleibt, und überall im Land beginnt zu brodeln und zu kochen, ... erst dann ist jener Zustand der den Staat gefährdenden Loyalitätskrise und damit der beachtliche Druck auf die Regierenden erreicht.“<sup>26</sup> Diese Auffassung, die die politischen Bedingungen eines effektiven Widerstandes gegen die drohende Nachrüstung formulierte, setzte sich aber in der Friedensbewegung aus jetzt zu analysierenden Gründen nicht durch und blieb eine Minorität am Rande.

Streng genommen gibt es die Friedensbewegung nicht, sondern bislang nur eine heterogene und lockere Sammlung von Friedensinitiativen und Verbänden, die sich in einer Negativkoalition zur Verhinderung des NATO-Mittelstrecken-Raketenpotentials in Westeuropa zusammengefunden haben und sich zudem unterschiedlichste Vorstellungen über politische Mittel zu dieser Verhinderung machen. Die neue Friedensbewegung rekrutiert sich im wesentlichen aus vier Gruppierungen, die sich durch ideologische Positionen und politisch-praktische Begründungen unterscheiden:

- die alte Linke um das KOFAZ-Spektrum
- bürgerliche Pazifisten und Christen
- die verbandsmäßig organisierte Ökologiebewegung um den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- und die Neue Linke, die in sich selbst nochmals sehr heterogene Flügel hat: z.B. die FÖGA (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen um die Zeitschrift „Graswurzelrevolution“) autonome Anti-Kriegs- und Anti-NATO-Gruppen, linksökologische Gruppen wie der „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ oder die Hamburger Friedenskoordination und die OFRI (Osnabrücker Friedensinitiative).

Dazu kommen diverse korporatistisch organisierte Berufsgruppen wie Lehrer, Juristen, Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte und Ärzte, Schriftsteller, Architekten und Naturwissenschaftler, die z.B. der Gewerkschaft ÖTV oder der GEW nahestehen und sich hegemonial nicht von SPD-Positionen unterscheiden.

Im Rückblick lassen sich drei Handlungsphasen der Friedensbewegung unterscheiden:<sup>27</sup>

1. Die *Appellationsphase* kulminiert in der Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell und beginnt am 15. und 16.11.1980 mit einer Versammlung von ehemaligen Militärs, Kirchenleuten und Teilnehmern der alten Friedensbewegung, wobei jener Appell an die Bundesregierung von 1500 Menschen einstimmig verabschiedet wird. Danach beginnt die Unterschriftensammlung unter den „Krefelder Appell“, den bis heute mehr als vier Millionen Bundesbürger unterschrieben haben.

2. Die *Demonstrationsphase* beginnt im Juli 1981 mit der Großdemonstration zum Evangelischen Kirchentag mit ca. 100.000 Teilnehmern unter dem Motto „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle“, setzt sich in der Bonner Großdemonstration vom 10.10.1981 mit 300.000 Teilnehmern und der zweiten Bonner Großdemonstration gegen NATO-Gipfel und Reagan-Besuch mit 400.000 Demonstranten fort und findet ihren vorläufigen Abschluß in den regionalen „Volksversammlungen“ der Aktionswoche der Friedensbewegung im Oktober 1983 mit ca. 1,2 Millionen Teilnehmern.

3. Die *Aktionsphase* hat ihren Ausgang in der gewaltfreien Blockade des NATO-Atomwaffenlagers in Großengstingen mit ca. 700 Menschen im Sommer 1982, wird anschließend am 12.12.1982 an verschiedenen Orten durch ähnliche Blockaden von Kasernen etc. fortgesetzt („Re-

<sup>25</sup> „Rosa Bloch“, *Anmerkungen zu einer „Strategie“ des Spektrums „Ziviler Ungehorsam für den Herbst*, o.O., o.J. (21.6.1983)

<sup>26</sup> Ebd. S. 4-6

<sup>27</sup> Brand u.a., a.a.O., S. 214-216

gionalisierung gewaltfreier Blockaden“) und findet neben Ostermärschen und Demonstrationen in der Aktionswoche im Oktober 1983 statt, kann aber nur, einen kleinen Bruchteil der Aktivisten der Friedensbewegung gewinnen.

### 2.1. Zur Vorphase und Entstehung der Friedensbewegung (1973-1980)

Im wesentlichen vier Strömungen befaßten sich vor dem NATO-Doppelbeschuß im Dezember 1979 mit dem Thema Frieden:

- das DKP-nahe Spektrum um das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (im folgenden: KOFAZ)
- die DFG-VK mit Kampagnen zur Kriegsdienstverweigerung und KDV-Beratung
  - evangelische und katholische Kirchengruppen mit Beratung für Kriegsdienstverweigerer
- Gewaltfreie Aktionsgruppen mit „Internationalen antimilitaristischen Märschen“ in Europa und Unterstützung von Total Verweigerern. Nur kleine Gruppen beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit Friedenspädagogik oder Friedensforschung.

Das KOFAZ, 1974 gegründet, ist ein reines Organisationskomitee ohne kontinuierlich arbeitende Basis, das einzig durch Koordinierung diverser örtlicher Gruppen zu zentralen Aktionen und Demonstrationen mobilisierte. Wenn auch zahlreiche nichtkommunistische, zumeist sozialdemokratische Mitglieder und Gruppen das Komitee unterstützen, so konnten die DKP-nahen Kräfte stets ihren sowjetkonformen Kurs durchsetzen.

Das KOFAZ, „zu dessen Gründung vierhundert Persönlichkeiten und Vertreter aus vielfältigen Organisationen, Wissenschaftler, Christen, Gewerkschaftler und andere aufriefen“<sup>28</sup>, veranstaltete im wesentlichen ab 1976 jedes Jahr eine Großdemonstration, an denen zwischen 40.000 (1976) und 80.000 (1980) Menschen teilnahmen.<sup>29</sup> Allgemeine Appelle an die Herrschenden wie „Stoppt das Wettrüsten“ oder „Nein zur Neutronenbombe“ waren und sind die einzige Politikform des KOFAZ neben dem ungeheuren Ausstoß an produziertem Material wie Flugblätter usw.

Im Jahr 1974 schlossen sich traditionelle pazifistische Friedensorganisationen wie DFG, VK und IdK zur Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) zusammen, um vorwiegend Kriegsdienstverweigerer zu betreuen und zu beraten. Zwar haben sich die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung seit 1960 fast verzehnfacht (1979: 45.500); die DFG-VK machte aber niemals Anstrengungen, die Trennung von Politischem und Privatem aufzuheben. Daß trotz enormen Anwachsens der Friedensbewegung die Mitgliederzahlen der DFG-VK stagnieren, ist damit zu erklären, daß Kriegsdienstverweigerung kein emanzipatorisches . Denken voraussetzt und über individuelles Handeln hinaustreibt; in der Friedensbewegung war Kriegsdienstverweigerung aber auch nie ein Thema.

*Evangelische Kirchengruppen*, mit Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Organisation von lokalen Friedenswochen und Informationsständen auf den Kirchentagen seit 1973, trugen ebenfalls zu einer vorerst wenig bemerkten Verbreiterung sicherheitspolitischer Diskussion bei, die sich ab 1980 öffentlich machte. Dabei bestand deren Funktion, wie weiter unten am Beispiel der Gruppe „Ohne Rüstung Leben“ gezeigt wird, im wesentlichen in der unpolitischen, subkulturellen Form der Neuorganisation der Lebenszusammenhänge von Jugendlichen.

Die *Förderung Gewaltfreier Aktionsgruppen* (FÖGA) um die Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ wurde im Herbst 1980 von Teilen der „Graswurzelbewegung“ gegründet; letztere ist ideengeschichtlich der durch den Faschismus liquidierten anarchistischen Bewegung in Deutschland, der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und gewaltfreien Traditionen verbunden. In ihr kommen antimilitaristische und libertäre Traditionen durch direkte Aktionen, z.B. gegen NATO-Stützpunkte und bundesdeutsche Kasernen zum Tragen. Seit 1976 organisierte die FÖGA mit anderen Gruppen in Europa „Internationale antimilitaristische Märsche“.

### 2.2 Appellationsphase: Die Verbreiterung der Friedensbewegung ab 1980

Die Appellationsphase der Friedensbewegung begann mit dem „Krefelder Appell“ und einer Versammlung in Krefeld am 15. und 16. November 1960. Der Appell und die damit verbundene Unterschriftenkampagne stießen auf unerwartete Resonanz und trugen zu einer quantitativen Verbreiterung der Friedensbewegung bei, ohne jedoch Schritte zur Verhinderung der Nachrüstung angeben zu wollen.

Ebenfalls in diese Phase fiel die bundesweite Friedenswoche, die von den evangelischen Organisationen Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) und Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) vom 16.-22. November 1980 ausgerufen wurde. ASF besteht seit 1958 und organisierte im wesentlichen Friedensdienste in Israel, Westeuropa, den USA und an den KZ-Ge-

<sup>28</sup> Gunnar Matthiessen, Der Aufbruch in der Bundesrepublik – Entstehung, Organisation, Probleme, in: *Frankfurter Hefte*, Abermals: Kampf dem Atomtod, Frankfurt am Main 1982, S. 155

<sup>29</sup> Lorenz Knorr, *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Köln* 1983, S. 168 ff.

denkstätten in Polen. AGDF ist ein Zusammenschluß von mehr als einem Dutzend christlicher Organisationen der Friedensarbeit, wurde 1968 gegründet und koordiniert die Interessen und Arbeitsschwerpunkte der zusammengeschlossenen Gruppen. ASF wurde vor allem durch den niederländischen Interkirchlichen Friedensrat in programmatischen Aussagen und Aktionsformen beeinflusst, von dem sie insbesondere das Konzept der Friedenswoche übernahm. Die bundesweite Friedenswoche 1980 unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ fand in 135 Städten und Kirchengemeinden statt; sie fand Unterstützung der katholischen und evangelischen Hochschulgemeinden, von christlichen Pfadfindern und katholischer Landjugendbewegung, von Stadtjugendringen und Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Gruppen und amnesty international, Terre des Hommes wie auch des KOFAZ-Spektrums. „Auf dem Programm standen nicht nur Referate von kompetenten Fachleuten oder Vorführungen von Anti-Kriegsfilmen, sondern auch Gespräche im Seniorenkreis, Unterrichtseinheiten in der Schule, Theaterstücke, Liederabende, Kriegsspielzeug-Umtauschaktionen, selbst erstellte Ausstellungen, Begegnungen mit ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, Friedensmärsche.“<sup>30</sup>

ASF und AGDF ist es, über Pfarrer als organischen Intellektuellen, gelungen, den bürgerlichen und christlichen Pazifismus, wie er sich in den vielen unterstützenden Gruppen ausdrückt, ideologisch und hegemonial zu organisieren. Bisher vielfältige und disparate Formen der Friedensarbeit wurden in den von ASF und AGDF veranstalteten Friedenswochen verknüpft und damit hegemonial zusammengefaßt. Die Verhinderung der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen und kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte waren die wesentlichen Forderungen neben der Unterbindung der Rüstungsexporte, defensiver Umrüstung und nichtmilitärischen Formen der Verteidigung. „Entideologisierung der Politik“ und „neue Entspannungspolitik“, von ASF vertreten, sind nicht nur zufällig Positionen, die denen der oppositionellen Sozialdemokratie nach dem Regierungswechsel 1982 am nächsten kommen.<sup>31</sup> Die vorpolitische und moralische Argumentation drückt sich in Begriffen wie „Leidensbereitschaft“ aus, die Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit des Menschen dokumentieren und den, politischen Gegner überzeugen soll. Durch die Friedensbewegung soll kein Zwang ausgeübt werden, der sozialliberalen Regierung soll nur auf eindringliche Weise die Legitimation abgesprochen werden.

#### *Evangelischer Kirchentag 1981: Beginn der Demonstrationsphase*

Der 19. Evangelische Kirchentag in Hamburg vom 17. bis 21. Juni 1981 unter dem Motto „Fürchte dich nicht!“ wurde im nachhinein als „Meilenstein der Friedensbewegung“ bezeichnet; nicht nur, weil er das Erstarren der evangelischen Friedensbewegung deutlich machte, sondern weil er Ausgangspunkt für spätere Großdemonstrationen wurde und in Grundzügen den späteren Bündnischarakter der Friedensbewegung andeutete. Die Hamburger Großdemonstration am 20.6.1981 mit 100.000 Teilnehmern wurde von fast allen wesentlichen Organisationen der traditionellen wie parteikommunistischen Friedensbewegung, kirchlichen wie Umweltschutzbewegungen getragen und deutete schon im Motto den sogenannten Minimalkonsens der Friedensbewegung an: „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle – Wehrt Euch!“ Trotz deutlicher Mißbilligung durch Kirchenoberen und Politiker aller Couleure mußten diese feststellen, daß in den Neuen Mittelschichten eine Umgruppierung durch hegemoniale Apparate vor sich ging, die sich als soziale Oppositionsbewegung gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen konstituierte. Aber weder Politikverständnis noch Protestform überschritten jene durch bürgerliche Legalität abgesicherte kapitalistische Herrschaft. „Auf dem evangelischen Kirchentag 1981 wurde diese Konfrontation in der Friedensfrage (zwischen Kirchenoberen und ASF, d. V.) unübersehbar, doch gibt es inzwischen auch eine fruchtbare Wechselbeziehung zwischen der neuen Friedensbewegung, deren Erfolge auch gerade in bürgerlichen Schichten durch das Engagement vieler evangelischer Christen ermöglicht wurden, und der Kirche, die wesentliche Anstöße für ihre Friedensdiskussion aus der Friedensbewegung erhielt.“<sup>32</sup>

Für eine im Oktober 1981 geplante Großdemonstration lud ASF zu einem ersten Vorbereitungstreffen am 9.6. nach Duisburg ein, an welchem neben ASF und Fax Christi und dem holländischen Interkirchlichen Friedensrat (IKV) auch AGDF, KOFAZ- und Krefelder-Appell-Vertreter teilnahmen. Am Rande des Kirchentages am 18.6.1981 trafen sich weitere Vertreter unterschiedlicher Gruppen, die den Aufruf zur Demonstration unterstützten und mittrugen. „BBU, GRÜNE, Jusos, ASF, AGDF, IKV und KOFAZ formulierten nicht nur gemeinsam den Aufruf, sondern beschlossen auch, daß ASF und AGDF als Veranstalter der Demonstration auftreten sollten.“<sup>33</sup> Der offizielle Aufruf „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen! Für Abrüstung und Entspannung in Europa!“ stellte im wesentlichen vier Forderungen auf, wie z.B. „Keine neuen Atomwaffen in Europa“ und „Für ein atomwaffenfreies Europa“, des weiteren kalkulierte einsei-

<sup>30</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 4/1981, S. IV-21

<sup>31</sup> Vgl. dazu Legrand, a.a.O., S. 83-85

<sup>32</sup> Brand u.a., a.a.O., S. 233

<sup>33</sup> Vgl. Legrand, a.a.O., S. 196 und Knorr, a.a.O., S. 196; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrg.), *Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik*, Bornheim 1982

tige Abrüstungsschritte und der Appell an die Regierungen in Ost und West, Abrüstungsverhandlungen und Entspannungspolitik zu forcieren und fortzusetzen. Eine Minorität von Bürgerinitiativen und antimilitaristischen Gruppen kritisierte allerdings Art und Weise der Entstehung des Aufrufs ebenso wie den Inhalt, konnte sich aber nicht durchsetzen.

### *Gewerkschaften und Friedensbewegung*

Der Friedensbewegung stellte sich allerdings eine „Volksfront von oben“ aus Regierung, Parteien und Gewerkschaften entgegen, die repressiv die Teilnahme an der Großdemonstration im Oktober 1981 verhindern wollte. So faßte der DGB-Bundesvorstand einen Beschluß, der Einzelgewerkschaften wie Untergliederungen eine offizielle Teilnahme untersagte<sup>34</sup>, um die sozialdemokratische Regierungsposition zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu unterstützen. Neben dieser repressiven Maßnahme stand in Konkurrenz und zur Abgrenzung gegenüber Friedensbewegung und Krefelder Appell die DGB-Unterschriftenkampagne als ideologischer Integrationsversuch, der in seinen vagen Formulierungen sozialdemokratische Auffassungen ausdrückte. So forderte der DGB mit seinem Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ eine „allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, eine Beendigung der Besetzung Afghanistans“ und die „Ratifizierung des SALT- II-Abkommens“.<sup>35</sup> Dabei wurde an die Art paradoxer Mobilisierung der fünfziger Jahre angeknüpft, die autonome Vertretung von Interessen zu blockieren und gleichzeitig durch eine massenintegrative, begrenzende Mobilisierung für Teilziele soziale Bewegungen zu desorganisieren.

Deutlicher wurde die Position des DGB in einer Stellungnahme zur Bundeswehr: „Fällt es dem DGB schon leicht, sich von Friedensinitiativen abzugrenzen, so wird außerdem eine stärkere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr angestrebt. In einer gemeinsamen Erklärung über Vorgespräche für eine gemeinsame Plattform wird festgestellt, daß 'Bundeswehr und Gewerkschaften ..., jede auf ihrem Gebiet, eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat hätten. Kollektiver Kriegsdienstverweigerung wird eine Absage erteilt, allerdings das individuelle Recht auf Kriegsdienstverweigerung verteidigt. Wehrdienst sei 'aktiver Dienst für den Frieden', Frieden sei erst möglich 'durch Selbstbehauptungswillen und Verteidigungsfähigkeit'.“<sup>36</sup>

Daß die Friedensbewegung aus ihrem Politikverständnis den Sachverhalt ausblendet, daß die deutschen Gewerkschaften korporativistisch in das Politik- und Herrschaftssystem der Bundesrepublik integriert sind, verweist auf die oben angeführten sozialpsychologischen Motivationen, die mit den Bedingungen von Aufrüstung als Ursache des friedenspolitischen Engagements nichts zu tun haben. Diese Art von Illusionspolitik, die nicht einmal um die Grundlagen der eigenen Politik weiß, soll mit einem weiteren Zitat belegt werden:

„Und hier setzt die Aufgabe der Gewerkschaften ein, über das hinaus zu handeln, was die gegenwärtige Friedensbewegung allein zu leisten in der Lage ist. Aus der Erkenntnis heraus, daß Sozialabbau und Aufrüstung zusammenhängen, haben die Gewerkschaften die Aufgabe, mit der ganzen Kraft ihrer mehr als 7 Millionen Mitglieder das Gegenteil durchzusetzen: Ausbau des Sozialstaatsprinzips in der BRD und eine Abrüstung, die sich nicht auf die Verhinderung von Mittelstreckenraketen beschränken kann. ... Natürlich kann ein Kampf der Gewerkschaften für Abrüstung nicht ohne Kollision zwischen den Gewerkschaften und jenen erfolgen, die den politischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften immer mehr einengen möchten. Nach wie vor steht jedoch in der DGB-Satzung die Möglichkeit des politischen Streiks -und nach wie vor steht im Grundgesetz die Verpflichtung, sich für Frieden und Völkerverständigung einzusetzen ... Gewerkschaften als Friedensbewegung und auch die überall entstehenden und entstandenen Friedensbewegungen in der Bevölkerung müssen gemeinsam eine gesellschaftliche Entwicklung einleiten, die dazu führt, daß Worte wie Krieg oder Feind der Vergangenheit angehören.“<sup>37</sup> Der Appell an die Herrschenden durch das vermeintliche „Ausspielen“ von Grundgesetz oder DGB-Satzung gegen die herrschende Realität zeigt das zutiefst bürgerliche Politikverständnis der Friedensbewegung ebenso wie die narzißtische Unfähigkeit zur Unterscheidung von Realem und Irrealem.<sup>38</sup>

### *2.3 Demonstrationsphase: Bonner Großdemonstrationen und Ostermärsche (1981-1982)*

De facto wurde der als „Minimalkonsens“ bezeichnete Aufruf für die Bonner Oktoberdemonstration 1981, den Forderungen zur Verhinderung der Nachrüstung in Europa und der Schaffung eines atomwaffenfreien Europas, von den auch in Zukunft die Friedensbewegung dominierenden Verbänden ASF und AGDF, KOFAZ, BBU und Grüne geschaffen. Damit wurde eine für diese Großorganisationen programmatische Arbeitsgrundlage geschaffen, die weder politische Schritte zur

<sup>34</sup> Rainer Steinweg, Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Friedensbewegung, in: ders. (Hrg.), *Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt am Main 1982, S. 189; Brand u.a., a.a.O., S. 232

<sup>35</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 8/1981, S. IV-41

<sup>36</sup> Knut Becker, Gewerkschaften und Friedensbewegung, in: Hans A. Pestalozzi/Ralf Schlegel/Adolf Bachmann (Hrg.), *Frieden in Deutschland*, München 1982, S. 117

<sup>37</sup> Vgl. dazu den in Teil I zitierten Sigmund-Freud-Text (Teil I, Fußnote 23)

<sup>38</sup> Vgl. Legrand, a.a.O., S. 199, Fußnote 1122

Durchsetzung dieser Forderungen angeben konnte und andererseits durch ihre eurozentristische Beschränktheit inhaltliche Forderungen einer Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ablehnte. Real stattfindende Kriege in der Dritten Welt waren kein Thema. ASF und AGDF lehnten ein Auftreten von Tony Seedat, einem offiziellen Sprecher der Dritte-Welt-Gruppen, auf der Bonner Kundgebung am 10.10.1981 ab, da Seedat beabsichtigte, auch im Namen der PLO zu sprechen.<sup>39</sup>

Die tragenden Verbände der Friedensbewegung verfolgten mit dem Appell an die herrschende sozialdemokratische Regierung eine Mobilisierungsstrategie, die davon ausging, die sozialliberale Regierungskoalition durch Großdemonstrationen zur Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses zu bringen. Die größte, eindrucksvollste und bestorganisierte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, wie Kommentatoren der Friedensbewegung anmerkten, hatte Merkmale paradoxer Mobilisierung, weil die Hegemonie organisierenden Verbände zwar der Basis als beifallsspendender Masse bedurften, die autonome Vertretung der Interessen aber wegen der Orientierung auf das Parlament hin kanalisiert und damit blockierten.

1982 nahm die Friedensbewegung insgesamt die Tradition der Ostermärsche aus den sechziger Jahren wieder auf, an denen im April ca. 480.000 Menschen an 50 Orten teilnahmen. Größere Auftakt- und Schlußkundgebungen fanden in fast allen Städten, wie Hamburg, Duisburg, Dortmund, Frankfurt, Kaiserslautern, Mannheim und München, statt. Als Redner dominierten vorwiegend bekannte Größen des linken SPD- oder KOFAZ-Spektrums wie Albertz, Eppler, Weber und andere; ebenso waren die Forderungen und Aufrufe im Stil der Allgemeinplätze des Minimalkonsenses. Zwar gab es heftige Kontroversen um das Auftreten von Rudolf Bahro (Grüne) wegen seines Eintretens für die autonome DDR-Friedensbewegung in Bremen, aber weder inhaltliche Änderungen noch eine Transzendenz legalistischer Protestformen bestimmten die Ostermärsche.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der Bonner Großdemonstration gegen das im Juni 1982 veranstaltete NATO-Gipfeltreffen und den Reagan-Besuch in der Bundesrepublik sollten jene Vorentscheidungen fallen, die für zwei verschiedene politische Konzeptionen zur Verhinderung der Nachrüstung standen: Radikalisierung der Friedensbewegung durch Aktionen des zivilen Ungehorsams, welche den politischen Preis der Stationierung hochsetzte oder Verbreiterung der Friedensbewegung mit Verwässerung politischer Inhalte und sinkendem Durchsetzungsvermögen der Forderungen. Bei einer „Kleinen Aktionskonferenz“ am 6. und 7.2.1982, zu der die Veranstalter der Großdemonstration vom 10.10.81 eingeladen hatten, wurden Aktionen für einen Besuch Reagans ins Auge gefaßt, die auf einem weiteren Treffen am 24.2. mit 25 Vertretern von 14 Organisationen genauer definiert werden sollten. ASF lehnte aber vorläufig die Teilnahme an einer Demonstration gegen den NATO-Gipfel ab, weil sie einen „unfriedlichen Verlauf der Demonstration“ befürchtete und die „Gefahr der Emotionalisierung und des Antiamerikanismus als zu groß“ ansah.<sup>40</sup> Aus dem Kreis der Teilnehmer des Treffens vom 24.2.82 wurde ein neunköpfiges Gremium bestimmt, welches einen Aufruf für Aktionen erarbeiten sollte. Dieses Gremium bestand aus Lukas Beckmann von den Grünen, Jochen Dietrich (VdS), Ulrich Frey von AGDF und Gerd Jahnke von „Ohne Rüstung Leben“, Jo Leinen (BBU) und Klaus Mannhardt von der DFG-VK, Achim Maske (KOFAZ) und Manfred Ossenbeck (VdS), Gerhard Schubert (Ohne Rüstung Leben) und Andreas Zumach (ASF).<sup>41</sup> Damit war im Kern der spätere Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, der im wesentlichen aus Verbänden der traditionellen Friedensbewegung (KOFAZ-Spektrum), kirchlichen Unterorganisationen und Verbänden der Ökologie-Bewegung (BBU) bestand, geschaffen worden; zu diesem Zeitpunkt waren antimilitaristische oder sozialistische Strömungen weder inhaltlich noch von den politischen Aktionsformen her vertreten. Zum 4. April 1982 wurde zu einer bundesweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung eingeladen, bei welcher Termin, Aufruf und Trägerkreis der Demonstration endgültig festgelegt werden sollten. Bereits im Vorfeld der ersten Aktionskonferenz kam es zu Kontroversen zwischen KOFAZ-Spektrum und den Grünen um die Frage der Solidarität mit der polnischen autonomen Gewerkschaft „Solidarnosc“ und des Einmarsches der Sowjets in Afghanistan, die dann bei der Konferenz selbst zum Eklat führten. Obwohl für dieses Treffen am 4.4. in allen Strömungen der Friedensbewegung mobilisiert worden war, konnte nur sehr bedingt von einer repräsentativen Zusammensetzung der ca. 800 Teilnehmer gesprochen werden. „Die Aktionskonferenz vom 4.4.1982 hat einmal mehr bestätigt, daß bei bundesweiten Treffen besonders jene Gruppen und Organisationen stark vertreten sind, die partei- oder parteiähnliche Strukturen mit einem funktionierenden Apparat aufweisen. Auf der anderen Seite war zu beobachten, daß lokale Initiativen, Friedensbürgerinitiativen oder große Teile der Kräfte, die wir als neue Gruppierungen beschrieben haben, aufgrund ihres Politikverständnisses (z.B. Basisorientierung...) und ihrer finanziellen Schwäche eher unterrepräsentiert waren.“<sup>42</sup>

Rudolf Bahro bezeichnete auf der Konferenz die DKP als ein Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges, mußte sich dafür Vorwürfe wie „Antikommunismus“ und „Agent des Bundeskanzler-

<sup>39</sup> Ders., a.a.O., S. 206

<sup>40</sup> Ders., a.a.O., S. 207

<sup>41</sup> Ders., a.a.O., S. 208

<sup>42</sup> Brand u.a., a.a.O., S. 280 f., Fußnote 44

amtes“ anhören. „Dieser sicherlich auch wahltaktisch motivierte Profilierungs- und Abgrenzungsversuch gegenüber dem DKP-Spektrum innerhalb der Friedensbewegung brachte den Grünen freilich auch harte Kritik ein, u.a. vom BBU und Vertretern der evangelischen Friedensgruppen, die z.B. Schwierigkeiten von der DDR-Regierung für die dortige autonome Friedensbewegung befürchten, wenn sie von der hiesigen Friedensbewegung offen und offiziell unterstützt würde.“<sup>43</sup> Im wesentlichen verabschiedete die Aktionskonferenz jedoch den Aufruf zur Demonstration gegen den NATO-Gipfel, wenn auch ohne Zustimmung der Grünen wie der autonomen Friedensgruppen. Neben dem bekannten Minimalkonsens wurden die Großmächte aufgefordert, endlich mit realen Abrüstungsverhandlungen zu beginnen.

Zugleich wurde das Modell des Koordinierungsausschusses mit 17 vertretenen Organisationen als politischem Trägerkreis der Demonstration und einer Geschäftsführung der Friedensbewegung verabschiedet. Das ausführende Organ, die Geschäftsführung, bestand aus folgenden sechs Organisationen: „Anstiftung der Frauen für den Frieden“, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, DFG-VK, evangelische Studentengemeinden und Vereinigte Deutsche Studentenschaft. Die Geschäftsführung der Friedensbewegung koordinierte alle Aktivitäten zur Vorbereitung der Demonstration wie die Herausgabe von Rundbriefen, Gespräche mit Vertretern der Stadt und der Polizei, Pressekontakte, Materialversand und Organisation von Sonderzügen, Bussen etc...

Neben ASF und dem KOFAZ-Spektrum spielte jetzt der BBU eine immer wichtigere ideologische Rolle in den institutionalisierten Gremien der Friedensbewegung. Seit seiner Gründung im Jahre 1972 unterstützte der BBU lokale und regionale Basisinitiativen und Aktivitäten durch Beratung, Vermittlung von Gutachtern und Informationsaustausch. So standen bis 1980 ausschließlich Probleme der friedlichen Atomenergienutzung, der Kampf gegen AKWs wie Umweltzerstörung im Vordergrund der Aktivitäten des BBU; erst am 25.10.1980 veranstaltete der BBU zusammen mit der DFG-VK eine Demonstration gegen den AKW- und Militärstandort Lingen. Erst seit diesem Zeitpunkt kann man von einem friedenspolitischen Engagement der BBU-Spitzenfunktionäre und Teilen der Basis sprechen. Die Aussichtslosigkeit der Ökologiebewegung und der Einstieg des BBU in die Friedensbewegung fielen nicht zufällig im Jahre 1981 zusammen: Trotz der gerichtlich verbotenen Großdemonstration versammelten sich über 100.000 AKW-Gegner am 28.2.1981 vor dem Bauplatz in Brokdorf und setzten damit das Demonstrationsrecht gegen juristische und politische Herrschaftsapparate durch, mußten aber ihre faktische Ohnmacht durch das Riesenaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz erfahren. Auch wenn starke soziale Oppositionsbewegungen Front gegen die zivile Nutzung der Atomenergie machten, konnten sie sich an diesem entscheidenden Punkt nicht durchsetzen. Dieses Scheitern einer starken sozialen Oppositionsbewegung an einem konkreten Teilziel veranlaßte BBU-Spitzenfunktionäre wie Jo Leinen, ihre Arbeit stärker auf die Friedensbewegung auszurichten. Aber der BBU hat, im Gegensatz zum KOFAZ-Spektrum, aufgrund der Erfahrungen im politischen Kampf gegen Atomenergie und den Bedingungen sozialer Oppositionsbewegungen ein anderes Politikverständnis: er ist für begrenzte Regelverletzungen und Aktionen zivilen Ungehorsams wie mit der Polizei abgesprochene gewaltfreie Blockaden etc. Als bürgerlicher Verband, der „das Ungleichgewicht zwischen Industrie und staatlichen Organen einerseits und den begrenzten Mitentscheidungs- und Interventionsmöglichkeiten der Staatsbürger“<sup>44</sup> andererseits in sicherheitspolitischen wie Energiefragen durch seine Tätigkeit ausgleichen möchte, ist der BBU ein massenintegrativer, hegemonialer Apparat, der aus Gründen der Legitimation auch Aktionen zivilen Ungehorsams, welche grundlegende Strukturen politischer und ökonomischer Herrschaft in der BRD nicht in Frage stellen, zuläßt. BBU, ASF und kirchliche Gruppen wie „Ohne Rüstung Leben“ bilden daher einen Block der mittleren Position zwischen legalistischem KOFAZ-Spektrum auf der einen und antimilitaristischen und autonomen Gruppen auf der anderen Seite, die direkte Aktionen wie Blockaden etc. zumeist ohne Polizeiabsprachen befürworten und seit dem Sommer 1982 durchführen. Dies verweist uns auf eine Analyse der autonomen Gruppierungen der Friedensbewegung, die sich seit September 1981 im Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) versammelten.

#### *Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen*

Bereits bei Aufruf, inhaltlichen Forderungen und Organisation der Friedensdemonstration zum Oktober 1981 fühlte sich eine Reihe von Gruppierungen und Organisationen durch die Spitzenverhandlungen der großen Verbände übergangen, die sich neben der Friedensbewegung im Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) eigenständig organisierten. Resultat einiger Treffen dieser Organisationen war der Aufruf zu einem ersten bundesweiten Kongreß, der vom 19.-21.3.1982 in Osnabrück stattfinden sollte. Ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, Partei- und Weltanschauungen sollten sich alle Gruppen zum Kongreß treffen, die „sich in der Frage der Friedenspolitik von den traditionellen Friedensorganisationen nicht repräsentiert fühlen, sich auf die etablierten Parteien und Verhandlungen zwischen den Supermächten nicht verlassen wollen, prinzipiell gegen die Blockabschreckungs- und Gleichgewichtslogik als Instrument der

<sup>43</sup> Schaub/Schlaga, in: Steinweg, a.a.O., S. 391

<sup>44</sup> Legrand, a.a.O., S. 115

'Friedenspolitik' sind (und die) Expansionismus, Imperialismus und Ausbeutung aller Völker grundsätzlich verurteilen.<sup>45</sup> Allerdings wurde der Kongreß wegen unvereinbarer Gegensätze verschoben und zu einem Arbeitstreffen am 20./21. März 1982 eingeladen, zu dem 400 Vertreter von über 150 Friedensinitiativen erschienen. Im BAF-Umfeld versammelten sich antiimperialistische Gruppen, die sich vor allem an den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt orientierten, wie z.B. der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) oder Gruppen um den Kommunistischen Bund (KB); ferner antimilitaristische Gruppen wie die Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) und Teile der Anti-AKW-Bewegung wie der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und viele andere. Einig waren sich die Vertreter der unterschiedlichen Gruppierungen in der Meinung, daß die NATO die Bundesrepublik auf die kriegstreiberische Politik der USA verpflichte, aus der BRD ein Sprungbrett für amerikanische Interventionen in der Dritten Welt mache, bewußt einen begrenzten Atomkrieg einkalkuliere, der die Vernichtung Mitteleuropas zur Folge habe. So forderte die erste BAF-Koordination vom März 82 die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses, den Austritt aus der NATO und Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Einig war sich das BAF-Treffen auch bezüglich der Ablehnung der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Bei der zweiten BAF-Koordination am 12.9.82 in Braunschweig wurde von den meisten Anwesenden die Position vertreten, daß man statt Großdemonstrationen den direkten, örtlichen und regionalen Widerstand gegen die Nachrüstung fördern sollte; es wurde eine Politisierung und Radikalisierung der Aktionen in der Friedensbewegung gefordert, die sich in Vorschlägen zu Aktionen in Ballungszentren niederschlug. So sollte am 12.12. 82, dem Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, in den Großstädten der Verkehr blockiert werden, und für die Ostermärsche 1983 forderte das BAF-Spektrum direkte Blockaden und Aktivitäten an den Standorten der Stationierung. Die Illusionen der BAF-Vertreter in bezug auf die Friedensbewegung soll folgendes Zitat verdeutlichen: „Es kommt jetzt darauf an, die Basis der Friedensbewegung in den Gemeinden, Stadtteilen, Wohnsiedlungen, in den Städten, innerhalb der Berufsgruppen und Verbände, insbesondere in den Gewerkschaften zu erweitern.“<sup>46</sup>

Dies sollte insbesondere durch Kampagnen für atomwaffenfreie Zonen in den Gemeinden, Städten und Regionen, in der Wendung gegen Zivilschutzillusionen geschehen und in einer Kampagne der Berufsgruppen gegen die atomare Aufrüstung. Damit wird der Widerspruch des BAF-Spektrums deutlich: einerseits analysierten die BAF-Vertreter NATO-Politik und politische Funktion der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen im globalen Kontext genauer als die restliche Friedensbewegung, die in nationalistischen und eurozentristischen Vorstellungen gefangen blieb; sie konnten aber nur eine politische Handlungsstrategie zur Verhinderung der Nachrüstung angeben, „die sich im wesentlichen an der Kampagne der Russell-Initiative für ein atomwaffenfreies Europa, später an der Kampagne von DFG-VK und ASF für „eine atomwaffenfreie Bundesrepublik orientierten. Zum anderen forderten die BAFler die Unterstützung gewaltfreier Blockaden am 12.12.1982 und bei den Ostermärschen 1983 wie eine Vielzahl von Aktionen zivilen Ungehorsams, konnten sich aber mangels Unterstützung und ausbleibender Radikalisierung der Friedensbewegung nicht durchsetzen. So orientierten sich die BAF-Vertreter zwar an den in Bewegung kommenden Massen und versuchten durch Bündnispolitik und inhaltliche Zugeständnisse eine Annäherung, wurden aber bei eigenen Aktionen stets alleingelassen, Wenn nicht sogar heftig angefeindet. Aber selbst dieser Widerspruch wurde von den BAF-Vertretern nicht gesehen bzw. ausgeblendet: „Vielmehr muß es unser Ziel sein, den qualitativen Sprung von einer 'nur' Mehrheit (wie sie u.a. von den Initiatoren des Krefelder Appells angestrebt wird) zu einer auch handelnden Mehrheit zu bewerkstelligen. Unsere Vorstellungen, das Stationierungsjahr 1983 betreffend, haben diesbezüglich am vorhandenen Bewußtsein anzuknüpfen.“<sup>47</sup>

### *Kirchliche Friedensbewegung und Katholikentag 1982* „Können Atombomben Sünde sein?“

Der im September 1982 in Düsseldorf abgehaltene Katholikentag zeigte selbst innerhalb der westdeutschen katholischen Amtskirche ideologische Brüche, die das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, staatsfrommes Bollwerk des kalten Krieges, zu wütenden Attacken gegen die Friedensbewegung brachte. So konnte in den fünfziger Jahren der Kölner Erzbischof Frings „den gelben Horden aus dem Osten“<sup>48</sup>, die die westliche Zivilisation und Kultur zerstören wollten, mit der Atombombe drohen; und es half den deutschen Bischöfen nur die konsequente Remilitarisierung und Aufrüstung der Bundesrepublik gegen die „Sturmflut aus Asien vor den Toren und

<sup>45</sup> BAF-Info Nr. 1, o.O., September 1982, S. 12

<sup>46</sup> BAF-Info Nr. 2, o.O., Januar 1983, S. 9

<sup>47</sup> Umfangreiche Quellenangaben dazu bei: Lutz Lemhöfer, Zögernder Ausbruch aus dem Kalten Krieg, in: Rainer Steinweg, a.a.O., S. 245 ff. und Thomas Risse-Kappen, Kirchen und Frieden: Die katholische Kirche, in: *Das Argument*, Heft 137, Berlin, Jan./Febr. 1983, S. 105 ff.

<sup>48</sup> Lemhöfer, a.a.O., S. 248

in den Burgen Europas<sup>49</sup>. So konnten weder eheliche Liebe noch Atombomben Sünde sein, wie Kardinal Höffner im Mai 1958 verkündete.<sup>50</sup>

Allerdings wirkten sozialstrukturelle und sozialpsychologische Veränderungen in der BRD – wie die Auflösung katholischer Milieus durch wachsende Mobilität, Veränderungen im Terrorzusammenhang der Kleinfamilie, wachsende Schulbildung und die von der sozialliberalen Koalition eingeleitete Entspannungspolitik – auf die Basis der deutschen Katholiken ein. In einer Umfrage aus dem Jahre 1972 stellte Gerhard Schmidtchen fest: „In der Wertehierarchie der deutschen Katholiken rangiert das Ziel der Friedenserhaltung mit deutlichem Abstand an der Spitze.“<sup>51</sup> Aber die katholische Kirche engagierte sich zu wenig beim Thema Frieden und tabuisierte die sicherheitspolitische Meinungsbildung innerhalb der hierarchischen Organisation, meinten die befragten Katholiken. Davon konnte ab 1981 kaum noch die Rede sein. Innerhalb katholischer Studentengemeinden und Jugendgruppen wurde dieses Tabu durch Fragen der Kriegsdienstverweigerung Mitte der siebziger Jahre durchbrochen, und die Veröffentlichung der Plattform von Pax Christi im November 1980 mit dem Thema „Abrüstung und Sicherheit“<sup>52</sup> war eine Reaktion auf ideologische Diskursbrüche zwischen Amtskirche und katholischer Jugend. Die nach dreijähriger Diskussion verabschiedete Plattform von Pax Christi kritisierte die nukleare Drohpolitik gegenüber dem Warschauer Pakt und befürwortete den Vorrang einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik durch diplomatische Vereinbarungen. Zugleich erwähnte sie die Relativität von Rüstungskontrollpolitik und der Diplomatie und forderte einseitige, schrittweise Abrüstung (Gradualismus). Scharf kritisiert wurde das Papier von Pax Christi durch zwei Vollversammlungen der deutschen Bischöfe 1981 und durch eine Erklärung des ZK der deutschen Katholiken vom 14.11.81: „Zur aktuellen Friedensdiskussion“, in denen die bekannten Urteile über die Aggressionslust des Marxismus-Leninismus aus dem Osten und die Naivität der Friedensbewegung, die den Kommunisten zuarbeiten würde, wiederholt wurden. In der ZdK-Stellungnahme zur aktuellen Friedensdiskussion wurde die Bedeutung des Abschreckungsprinzips hervorgehoben und Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten abgelehnt, die marxistisch-leninistische Ideologie der Sowjetunion als wahre Gefährdung des Friedens verurteilt und der NATO-Doppelbeschluss zur vertrauensbildenden Vorleistung des Westens hochgejubelt. Trotz des Protestes von Pax Christi und dem Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ), einem Dachverband mit 650.000 Mitgliedern, die mit Sitz und Stimme im ZdK vertreten waren, wurde die antikommunistische Resolution verabschiedet. Durch den Entzug von Finanzmitteln für die widerspenstigen Organisationen sollte das Problem repressiv gelöst werden; die katholische Jugend reagierte allerdings 1981 mit einem Schwerpunktprogramm „Frieden und Gerechtigkeit“. Durch die moralische und unpolitische Argumentation von Pax Christi wird aber ideologisch christdemokratischer Wendepolitik zugearbeitet, wenn Pax Christi meint, daß die Rohstoff Verknappung auf der Welt zu kriegerischen Auseinandersetzungen der ersten mit der dritten Welt provoziere und deshalb die Deutschen durch Konsumverzicht und Askese den besten Beitrag zur Frieden leisten könnten.

„Pax Christi warf der katholischen Kirche vor, sie habe die Sicherheitspolitik nur mangelhaft unterstützt und den Stellenwert der Bundeswehr überschätzt: 'Christen und Kirche dürfen nicht aufhören, von der konkreten Utopie einer Welt ohne Waffen zu reden und darauf hinzuleben', erklärte Bischof Georg Moser, Leiter der deutschen Sektion von Pax Christi. Das Programm von Pax Christi enthält eine ganze Reihe weiterer Forderungen: Gewaltlosigkeit und Konsumverzicht einzelner als Beitrag zum Frieden, alternative Sicherheitssysteme für eine Übergangszeit, einseitige Abrüstungsvorleistungen, Erziehung zum Frieden u.v.m.“<sup>53</sup>

Die Begeisterung des KOFAZ-Spektrums, mit Pax Christi einen Fuß in der Tür zur konservativen, an der traditionellen Sicherheitspolitik orientierten Bevölkerung zu haben, ist Selbsttäuschung und Verdummung, wie sie die Friedensbewegung allgemein durch das ständige Geschwätz von der Erweiterung der Basis der Friedensbewegung durchs Eindringen ins konservative Lager teilt. „Insofern die Frage nach dem materiellen Lebensprozeß der Gesellschaft noch nicht aufkommt, hat in all jenen aufklärerischen Lehren die Befassung mit der Ideologie ihren besonderen Rang: man glaubt, es genüge, das Bewußtsein in Ordnung zu bringen, um die Gesellschaft in Ordnung zu bringen. Nicht bloß dieser Glaube aber ist bürgerlich, sondern das Wesen von Ideologie selbst.“ (Adorno)<sup>54</sup>

Auf dem Katholikentag 1982 in Düsseldorf versuchten 47 Gruppen und Organisationen, unter ihnen der Bensberger Kreis, das Komitee Christenrechte in der Kirche und viele Basisgruppen, die sich inzwischen zur „Initiative Kirche von unten“ zusammengeschlossen haben, par-

<sup>49</sup> Risse-Kappen, a.a.O., S. 105

<sup>50</sup> Gerhard Schmidtchen/Institut für Demoskopie Allensbach, *Zwischen Kirche und Gesellschaft*, Freiburg 1972, S. 42

<sup>51</sup> Plattform der Pax Christi vom 9.11.1980, „Abrüstung und Sicherheit“, Dokumentation Nr. 4 in: Pax Christi (Hrg.), *Kirche und Abrüstung*, Frankfurt am Main 1981

<sup>52</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 9/10/1981, S. IV-45

<sup>53</sup> Theodor W. Adorno, Beitrag zur Ideologienlehre, in: Ders.: *Soziologische Schriften I*, Frankfurt am Main 1979, S. 464 f.

<sup>54</sup> Knorr, a.a.O., S. 206

allel zum offiziellen Kirchentag einen „Katholikentag von unten“ zu veranstalten. Diskussionen von Pax Christi und das Friedenscamp des BDJ fanden außerhalb des Katholikentages statt, um den Bruch mit der hierarchischen Amtskirche zu vermeiden. Daß Pax Christi und BDJ jeden organisatorischen Bruch mit der katholischen Amtskirche durch Zugeständnisse hinauszögern und ideologisch einer monetaristisch orientierten CDU-Politik zuarbeiten, ist der Friedensbewegung noch nicht aufgegangen: „Die lange nach innen gerichtete Arbeit von Pax Christi und die friedenspolitische Seminaraktivität des Bundes der katholischen Jugend und anderer katholischer Jugendverbände begann sich äußerlich erkennbar auszuwirken: nicht nur in den Reaktionen bei offiziellen Veranstaltungen. Etwa 50.000 Katholiken demonstrierten am Rande des Kirchentages...“<sup>55</sup>

Aber nicht nur in der katholischen Friedensbewegung herrscht eine moralische Argumentation des friedenspolitischen Engagements vor, die die Hegemonie der Amtskirche über die christliche Herde stützt und auf eine antiemanzipatorische Modernisierung der Theologie hinausläuft, um die davongelaufenen Schafe durch ein neues Kostüm wieder in die hierarchischen Strukturen der Kirche einzubinden. Die Diskussion in der evangelischen Kirche, speziell die Gründung der Gruppe „Ohne Rüstung Leben“, dreht sich um das Problem des innerweltlichen Friedens anstelle um Entfremdung, Hierarchie und Ausbeutung. Die Hebung der Gefühlkultur ist das Problem von Hermann Schäufele, wenn er über die Aktivitäten der von ihm gegründeten Gruppe „Ohne Rüstung Leben“ schreibt: „Es ist uns gelungen, in unserer Konsumgesellschaft neue Kreativität zu entwickeln: Junge Menschen sitzen nicht mehr vor dem Fernseher und beim Kassettenrekorder, sondern greifen zur Gitarre, um ihren Empfindungen Ausdruck zu geben. Fast täglich entstehen neue Friedenslieder, die Zahl der Liederbücher zum Frieden ist kaum mehr zu übersehen, es wird gesungen und Musik nicht nur verschlungen; Friedensgruppen gibt es bald allerorten; 'Schweigen für den Frieden' an den Freitagen von 18 bis 19 Uhr breitet sich von den Großstädten übers Land aus. Fasten für den Frieden am Karfreitag und an Ostern unterstreicht die Entschlossenheit, auf den Osterspaziergang oder Osterausflug zu verzichten und sich für einen gewaltfreien Kampf für den Frieden zu bereiten.“<sup>56</sup>

Diese subkulturellen Strömungen in der Friedensbewegung sind wichtiges Indiz für den geistlosen Zustand einer Gesellschaft und ihre Tendenzen; Hinweis auf die Übermacht einer entfremdeten sozialen Realität gegenüber den ihr Unterworfenen und Warnzeichen des kommenden Krieges.

#### *Von der 2. Kölner Aktionskonferenz zu den Ostermärschen (Herbst 1982 bis Ostern 1983)*

Auf den Zerfall der sozialliberalen Regierungskoalition und die Umgruppierung im herrschenden Block, die ihren Ausdruck im neugewählten Kanzler Kohl (Oktober 1982) fand, hatte die Friedensbewegung keine Antwort. Herrschte bis zur Wende in der Friedensbewegung die unbegründete Hoffnung vor, durch Großdemonstrationen und Kampagnen die SPD zur Rücknahme des Doppelbeschlusses zu bringen, fand die institutionalisierte Politik der friedenspolitischen Verbände ihr Heil im Weitermachen wie gehabt. An der 2. Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln am 9./10. Oktober 1982, vom BBU, der DFG-VK, Aktion Sühnezeichen und VdS, der Gruppe „Frauen für den Frieden“ und dem Bundeskongreß developmentpolitischer Aktionsgruppen veranstaltet, nahmen 500 Friedensaktivisten teil, die aber keine politische Strategie zur Verhinderung der Nachrüstung, geschweige denn einer antimilitaristischen Arbeit angeben konnten.

„Wenig mehr als die üblichen beschwörenden Formeln waren zu hören über die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den noch entschiedeneren Kampf gegen die neue Mitte-Rechts-Regierung oder die Verhinderung von Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich... Das Bild, das die Aktionskonferenz dem aufmerksamen Beobachter abgab, war denn auch das einer verhängnisvollen Arbeitsteilung: die KOFAZ-nahen Gruppen machen die organisatorische Arbeit und dominieren die bundesweiten Plena; die gewaltfreien Aktionsgruppen sorgen für Phantasie, Kreativität und Verweigerungsaktionen (bis hin zum Aktionismus); Aktion Sühnezeichen und DFG-VK konzentrieren sich auf die Kampagne 'Atomwaffenfreie Zone' und die Jugendorganisationen (vornehmlich im gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich) arbeiten weitgehend handgestrickt vor sich hin.“<sup>57</sup>

Auffällig war, daß Aktivisten aus den kirchlichen Gruppen der evangelischen Jugend, von „Ohne Rüstung Leben“, von Pax Christi und der „Initiative Kirche von unten“ entweder nicht vertreten waren oder sich nicht zu Wort meldeten, anscheinend sich zu Hause mit dem Komponieren neuer Friedenslieder beschäftigten. Die Vertreter der etablierten Friedensverbände sowohl des KOFAZ-Spektrums als auch des BBU und ASF dominierten daher Politik, Inhalte und

<sup>55</sup> Hermann Schäufele, in: Hans A. Pestalozzi u.a. (Hrg.), a.a.O., S. 137

<sup>56</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 11/1982, S. IV-78 ff.

<sup>57</sup> Manfred Kühle, Zum Vorgehen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, in: *BAF-Info* 2, Januar 1983, S. 19

Vorgehensweise der Friedensbewegung, nur manchmal durch Redebeiträge der Unabhängigen vom BAF oder der FÖGA in der allseitigen Harmonie gestört.

Im Mittelpunkt der Aktionsvorschläge der 2. Aktionskonferenz stand die Kampagne zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen, die seit Sommer 1982 von Aktion Sühnezeichen, der DFG-VK und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie gemeinsam durchgeführt wurde. Diese Kampagne war durch nichts mehr an eurozentristischer Engstirnigkeit zu überbieten, wie das Beispiel der englischen Friedensbewegung CND zeigt, die 1982 überall atomwaffenfreie Zonen ausrief, aber dem von der britischen Premierministerin Thatcher angezettelten Falklandkrieg weder ideologisch noch politisch-praktisch etwas entgegenzusetzen hatte. Die Kampagne zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in der Bundesrepublik wies zudem alle Anzeichen einer „paradoxen Mobilisierung“ durch die Verbände ASF, DFG-VK und dem Komitee auf; die Kampagne wurde entweder als Unterschriftensammlung ähnlich dem Krefelder Appell geführt oder verpuffte im Appell an – zumeist – sozialdemokratische Bürgermeister oder Gemeinderäte. Skurrile Blüten wie atomwaffenfreie Wohngemeinschaften oder Kleingärten waren nur Anzeichen für die Individualisierung der als politisch verstandenen Auseinandersetzungen. Die zynische Begründung der Kampagne durch ASF, nur durch konkrete Teilziele könne die Bevölkerung aufgeklärt und mobilisiert werden, verdoppelte noch die Übermacht bestehender Verdummung und Entfremdung der Anhänger der Friedensbewegung durch herrschende kapitalistische Strukturen. Bevölkerung wird als individualisierte, leere Monade vorgestellt, die es durch die richtige friedenspädagogische Führung der Kampagne aufzuklären gelte.

Zudem setzte die Kampagne eindeutig auf die Zuarbeit der Sozialdemokratie in Kommunen und Parlamenten; damit stärkte die Friedensbewegung jene Fraktion innerhalb der Sozialdemokratie, die den Wiederaufstieg zur Staatsmacht über Kommunen und Länderparlamente betrieb. Das Faktum, daß die SPD zwar atomwaffenfreie Zonen forderte, zugleich aber NATO-Zugehörigkeit und Ausbau der konventionellen Rüstung im Programm festschrieb, blieb ebenso unbeachtet wie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in die Opposition verbannt war. Auch die autonomen Friedensgruppen um den BAF befürworteten die Kampagne atomwaffenfreier Zonen als „eine der wichtigsten Initiativen zur Verbreiterung der Basis der Friedensbewegung“<sup>58</sup>, befürchteten aber, daß „der Sinn der Kampagne ins Absurde abgleiten kann“, wenn sie nicht mit Aktionen zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widersands verbunden werde, wie Manfred Kühle ausführte.<sup>59</sup>

#### 2.4. Die Aktionsphase der Friedensbewegung

Beispiel für diese Aktionen zivilen Ungehorsams war die gewaltfreie Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen im Juli und August 1982 durch 700 Vertreter von antimilitaristischen und kirchlichen Gruppen.<sup>60</sup> Diese Protestform wurde von Gruppen um die Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ schon bei den Auseinandersetzungen um den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf im Februar und April 1981 angewendet; ferner bei einer dreitägigen Blockade gegen eine niederländische Kaserne auf dem 6. Internationalen antimilitaristischen Marsch und der Blockade gegen die Militär-Befehlszentrale Ramstein im Sommer 1981. In einem internen Papier der in dieser Tradition stehenden FÖGA<sup>61</sup> wurde die „Regionalisierung“ der kritisch aufgearbeiteten Blockade von Großengstingen für andere Städte, Atomwaffenlager und Kasernen für den 12.12.1982, den Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses, vorgeschlagen:

„Die Friedensbewegung kann auf erhebliche Erfolge zurückblicken... Andererseits: Die Erwartung, durch Großdemonstrationen die Bundesregierung nachhaltig unter Druck setzen zu können, hat sich durch die Erfahrungen mit dem 10.6. (1982, Bonner Großdemonstration, d.V.) als zu optimistisch erwiesen... Was allein zählt, sind handelnde Mehrheiten, die bereit sind, am Gegenstand ihres Interesses die Konsequenzen zu ziehen, der Konfrontation nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie zu suchen, wenn sich die Regierenden unbeugsam zeigen. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: die Kampagnen der Friedensbewegung, die eine Verbreiterung ihres Anliegens zum Ziel haben, sowie eine größere Unterstützungsbereitschaft in der Bevölkerung finden wollen, sind von großer Bedeutung... Doch wer darauf setzt, daß über eine verbale Unterstützung oder Tolerierung hinaus eine praktische Widerstandsbereitschaft in den Gewerkschaften die Ausmaße von politischen Streikaufrufen annimmt, der verkennt wohl die Zwänge und Fehlentwicklungen, die die Nachkriegsgeschichte den Arbeiterorganisationen auferlegt hat und aus denen sie sich erst langsam lösen müssen.“<sup>62</sup>

Die FÖGA forderte die Erweiterung der Positionen der Friedensbewegung über den antia-

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> AK Engstingen (Hrg.), *Schwerter zu Pflugscharen – Großengstingen-Handbuch 2, Blockadeaktion 1982 – Auswertung*, Tübingen, o.J. (1982)

<sup>60</sup> *Graswurzelrevolution und Förderung Gewaltfreier Aktionsgruppen, Friedensbewegung und gewaltfreier Widerstand*, o.O., o.J., (Hamburg, November 1982)

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Presseerklärung zu den Blockadeaktionen, zitiert nach Legrand, a.a.O., S. 233

tomaren Minimalkonsens hinaus und eine grundsätzliche antimilitaristische Neuorientierung, die auf eine direkte gewaltfreie Konfrontation mit dem herrschenden politischen System hinarbeiten sollte. Vorgesprochen wurden Aktionen direkten gewaltfreien Widerstands gegen militärische Einrichtungen, die eine Verbreiterung und Regionalisierung der Blockaden am 12.12.1982, die Verbindung von Blockaden und Demonstrationen bei den Ostermärschen und eine Vielzahl von Akten zivilen Ungehorsams in der geplanten Aktionswoche vor der Stationierung im Herbst 1983.

In über fünfzig Städten und Gemeinden fanden am 12.12.1982 gewaltfreie Blockaden von Straßen, Militäreinrichtungen und Kasernen statt, an denen sich mehrere tausend Atomwaffengegner beteiligten. Lokale Friedensgruppen, die FÖGA, Bürgerinitiativen und einzelne Ortsverbände der GRÜNEN, DFG-VK-Basisgruppen und teilweise verschiedene Ortsgruppen kirchlicher Initiativen von „Ohne Rüstung Leben“ zeigten auf, daß es einen „Widerstandswillen (gibt), der über einen bloßen Appellcharakter hinausgeht“, so die Presseerklärung.<sup>63</sup>

Allenfalls zu diesem Zeitpunkt konnte man von bestimmten Gruppierungen innerhalb der Friedensbewegung als einer sozialen Oppositionsbewegung sprechen, die sich in ganz marginalen Teilen nicht mehr auf den Appell an die Herrschenden verließ, sondern in ihren Aktionsformen zumindest versuchte, real gegen die Militarisierung der Gesellschaft vorzugehen. Erst hier entfaltete sich eine Tendenz in der Friedensbewegung, die über die Herstellung interner Öffentlichkeit, durch Bezugsgruppen und Sprecherräte, durch demokratische Konsensbildung aller Mitglieder der Blockadeaktionen jene konkrete Dialektik einer sozialen Bewegung in Gang setzte, von der im ersten Teil dieses Aufsatzes gesprochen wurde. Wenn man einmal von den Auseinandersetzungen um die Bremer Krawalle von 1980 absieht, wandten sich erst jetzt kleine Teile der Friedensbewegung einer antimilitaristischen Position zu, die nicht von den Kampagnen der hegemonialen Apparate dominiert wurde. Dennoch war auch diese soziale Bewegung „mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet“ (Marx): Es entstand eine „Blockadekultur“ mit dem Zwang zum Konsens, der eine politische Eskalation der Blockaden verhinderte, der Mythos einer „Politik der Unmittelbarkeit“ in erster Person, der die kritische Selbstreflexion des eigenen politischen Handelns ausgrenzte. Die unterschiedliche Auslegung des Begriffes „Gewaltfreiheit“ durch antimilitaristische oder christliche Gruppierungen ermöglichte und verhinderte zugleich Lernprozesse; denn Gewaltfreiheit bedeutete für die christlichen Gruppen eine Absprache mit der Polizei über die Aktionen und keine Eskalation der Handlungen in Richtung „Unregierbarkeit“. Die abstrakte Sammlung von Blockadeteilnehmern, von Schülern und Studenten, die aus allen Teilen Deutschlands zu Blockaden anreisten, führte zur Ausgrenzung konkreter Lebenszusammenhänge der Teilnehmer, und die strikte Organisation über Bezugsgruppen schloß von vornherein die am Blockadeort wohnende Bevölkerung aus. Dies betraf vor allem Aktionen außerhalb der Großstädte an Stationierungsstellen und Kasernen. Der Vergleich mit der sozialen Oppositionsbewegung gegen die Startbahn-West am Frankfurter Flughafen zeigt ganz deutlich, wie wenig es an den Stationierungsstellen und anderen militärischen Anlagen gelungen ist, den Widerstand im konkreten Alltag der Bevölkerung zu verankern.<sup>64</sup> Zwar reflektierte z.B. die FÖGA diesen Widerspruch, indem sie zu einer „Regionalisierung“ der Blockaden aufrief, aber auch sie entwickelte nicht den Zusammenhang von gesellschaftlicher Produktion und antimilitaristischer Arbeit in Betrieben und Kasernen, von Bedingungen des emanzipatorischen Kampfes im gesamten Bereich der gesellschaftlichen Bedürfnisse – sie verharrte in der Sammlung abstrakter Menschen gegen den Militärapparat und seine Einrichtungen.

Vor allem Gruppierungen um den BAF riefen zu diesen Blockadeaktionen auf, mißtrauisch von den etablierten Verbänden der Friedensbewegung beäugt, deren Einschätzung zum Jahresende 1982 zusammengefaßt hieß: „Im Jahr 1982 gelang es, die Aktivität der Friedensbewegung quantitativ und qualitativ weiter zu steigern. Vor allem war es möglich, größere Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in den Friedenskampf einzubeziehen und angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Misere die Abrüstungsproblematik stärker und wirkungsvoller als bisher mit der sozialen Frage zu verknüpfen.“<sup>65</sup> Die fatale Arbeitsteilung in der Friedensbewegung, zwischen Großorganisationen, die ihre Anhänger allenfalls zu Demonstrationen mobilisierten oder über Kampagnen den „Friedenswillen“ kanalisiert, und den kleinen radikaleren Gruppen, die durch Aktionen zivilen Ungehorsams den politischen Preis für die Stationierung hochtreiben wollten, bewahrheitete sich jetzt auch praktisch: Ende 1982 war immer deutlicher abzusehen, daß die Friedensbewegung insgesamt die Stationierung nicht verhindern konnte, in großen Teilen politisch auch nicht verhindern wollte, da die überwiegenden Teile nicht bereit

<sup>63</sup> Zur sozialen Oppositionsbewegung gegen die Startbahn West, ihren Kommunikations-, Aktionsformen und Lernprozessen s. Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung (Hrg.), *Keine Startbahn West*, Offenbach 1981; dies. (Hrg.), *Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln – Erfahrungen aus der Bewegung gegen die Startbahn West*, Offenbach 1982; Konrad Weber, Startbahn West, Volksbegehren, Demokratie und Widerstand in: Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) (Hrg.), *Kommunismus und Klassenkampf*, Heft 8/1982, Frankfurt 1982, S. 10 ff.; Klaus-Peter Klingelschmitt, Seine Bestandsaufnahme der Anti-Startbahn-Bewegung, in: *taz* vom 7.4.1983, Magazin; *taz* vom 12.4.1984

<sup>64</sup> Knorr, a.a.O., S. 201

<sup>65</sup> Ders., S. 215

waren, bürgerliche Protestformen wie Demonstrationen durch radikale emanzipatorische Akte des Ungehorsams und der autonomen Selbstorganisation zu überschreiten.

Deutlich wurde dieses Mißverhältnis nochmals bei den Ostermärschen im April 1983, als sich 750.000 Atomwaffengegner an rund 90 Ostermärschen beteiligten und in elf Städten der Bundesrepublik zentrale Abschlußkundgebungen mit Zehntausenden von Teilnehmern stattfanden. An den siebzehn durchgeführten Blockaden der antimilitaristischen Kräfte in der Friedensbewegung beteiligten sich aber nur etwas mehr als 5000 Menschen. Für den Großteil der Friedensbewegung galt noch immer: „So notwendig die Erörterung von Perspektivfragen ist, auch wegen der richtigen Anlage gegenwärtiger Aktionsstrategien: absoluten Vorrang hat das Bemühen ums nackte Überleben. Die Hauptfrage europäischer Existenz heute ist die Verhinderung der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles...“<sup>66</sup> Da die Hauptfrage europäischer Existenz das anscheinend nackte Überleben um jeden Preis und ohne Konditionen war, zumindest für die Friedensbewegung, konnten die Nachrüstungsinitiatoren von der SPD bei den Ostermärschen 1983 auch wieder mitmischen. Voraussetzung des nackten Überlebens war anscheinend das nackte Vergessen, die absolute Amnesie dessen, was der jetzt bejubelte neue Bündnispartner vorher, als er noch in der Regierung saß, für eine Politik vertreten hatte.

So rief der SPD-Geschäftsführer Peter Glotz die Unterbezirke der SPD auf, an den Ostermärschen teilzunehmen, wo eine gewaltfreie Demonstration garantiert sei und forderte „ein aktives Eintreten für Sicherheitspartnerschaft durch Rüstungskontrolle und beidseitig ausgewogene Abrüstung“ und ein „Eintreten für eine Fortsetzung der von Sozialdemokraten geprägten Entspannungspolitik“<sup>67</sup>. Zwar fiel kein Wort über die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses durch Glotz, die etablierten Friedensverbände, allen voran das KOFAZ-Spektrum, jubelte über den neuen Bündnispartner SPD, der sich gerade dazu aufraffte, durch Umarmen die Friedensbewegung zu erdrücken.

#### *Das BAF-Treffen in Frankfurt im Februar 1983*

Während zu Anfang des Jahres 1983 das KOFAZ-Spektrum die viermillionste Unterschrift unter den Krefelder Appell sammelte, ASF und DFG-VK Rundbriefe zur Kampagne für atomwaffenfreie Zonen in der Bundesrepublik herausgaben und BBU-Spitzenfunktionär Jo Leinen durch Reden auf dem DGB-Jugendkongreß die Friedensbewegung erweitern wollte, versuchten die aktivistischen BAF-Vertreter noch einmal, durch eine Sammlungsbewegung innerhalb der Friedensbewegung die politischen Bedingungen zu einer aktiven Verhinderung der Stationierung zu verbessern.

Dabei standen sich innerhalb der verschiedenen Gruppen des BAF zwei Positionen gegenüber: die der Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) um Mohssen Massarat und der Hamburger Friedenskoordination (Friko) auf der einen Seite, die auf eine Verbindung von Demonstrationen und gewaltfreien Blockaden setzten, andererseits Vertreter der Bremer und Göttinger Gruppen, die die Begrenzung des BAF-Spektrums auf die unabhängige und antimilitaristische Linke favorisierten. „Seit den ersten Versuchen, den Widerstand der von den etablierten Parteien und Blöcken unabhängigen Friedensinitiativen überregional zusammenzuführen, plädierten die Vertreter der Bremer Anti-Kriegsgruppe dafür, die überregionale Friedensarbeit auf das linke Spektrum zu beschränken, während Vertreter anderer Friedensgruppen, vor allem die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) und die Hamburger Friko vehement dafür eintraten, dabei ein möglichst breites Spektrum der unabhängigen Friedensinitiativen, einschließlich der kirchlichen, einzubeziehen. Innerhalb des BAF und auf verschiedenen Treffen setzte sich mehr oder weniger naturwüchsig die zweite Position (durch), die sich auch darum bemühte, ihr Konzept der Zusammenführung von möglichst allen lokalen Widerstands- und Verweigerungsaktivitäten über das BAF-Spektrum hinaus zu verwirklichen... Der so definierte 'aktive gewaltfreie Widerstand' ist u. E. die radikalste Widerstandsform, zu der relevante Gruppen der Friedensbewegung, die sich prinzipiell zur 'Gewaltfreiheit' bekennen (Die Grünen, ESG, gewaltfreie Gruppen, Initiative Kirche von unten, BBU, gewerkschaftlich arbeitende Gruppen und andere), bereit sein werden zu schreiben.“<sup>68</sup>

Um die Organisation und Diskussion innerhalb der unabhängigen und autonomen Friedensbewegung voranzubringen, rief eine Vielzahl von Gruppen, darunter die „Anstiftung der Frauen für den Frieden“, Jo Leinen und Wolfgang Sternstein vom BBU, die Evangelischen Studentengemeinden und die FÖGA, die Bürgerinitiative gegen die Startbahn West und Teile der Grünen, der BUKO und die DFG-VK Frankfurt zu einem Treffen am 26. und 27. Februar 1983 nach Frankfurt auf. Vor allem in der größten Arbeitsgruppe dieses Treffens mit dem Thema „Herbstaktivitäten“ kam es zu heftigen Kontroversen zwischen dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Jo Leinen bzw. Lukas Beckmann von den Grünen. Hauptpunkt des Konflikts war der Göttinger Vorschlag, im Herbst 1983 eine Blockade an der Frankfurter Rhein-Main-Air

<sup>66</sup> Brief von Peter Glotz an die SPD-Geschäftsführer, in: Mechttersheimer (Hrg.), *Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen?* Reinbek 1983, S. 294

<sup>67</sup> Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe des BAF-Treffens am 26. und 27.2.1983 in Frankfurt am Main, in: *BAF-Info Nr. 3*, Juni 1983, S. 6

<sup>68</sup> Ursula Schwarzenberger, in *BAF-Info Nr. 3*, Juni 1983, S. 18

Base durchzuführen; und in diesem Zusammenhang kam auch das Thema auf den Tisch, welches alle Diskussionen am Sonntag dominierte: die Gewaltfrage. Ursula Schwarzenberger vom Bundesvorstand der Grünen kritisierte in einem Leserbrief an die „taz“ das Vorgehen von Beckmann und Leinen, die in derselben Machart wie das KOFAZ-Spektrum die Diskussion in die Hand genommen hätten: „Zur Vernetzung der freien Friedensgruppen brauchen diese ihren eigenen Raum, ohne die Manager der Organisierten.“<sup>69</sup>

Claudia vom Göttinger Arbeitskreis schrieb über die Diskussion um die Blockade der Frankfurter Air Base: „Für die Größen aus BBU, den Grünen, der OFRI, der 'Frauen stiften zum Frieden an' war es unmöglich, auf das Wörtchen 'gewaltfrei' zu verzichten. Paradoxerweise stimmten gerade die 'gewaltfreien Aktionsgruppen' für unseren Vorschlag, was schließlich zu einer Mehrheit für unseren Antrag führte.“<sup>70</sup>

Das BAF-Treffen mit 500 Teilnehmern im Februar 1983 endete mit einem Eklat, als nach der mehrheitlichen Verabschiedung des Göttinger Aufrufs Teile der Vorbereitungsgruppe wie BBU und Grüne auszogen. Damit war aber vorerst nicht nur die Einrichtung einer „Koordinationsstelle ziviler Ungehorsam“, der die Blockade-Aktivitäten der BAF-Teilnehmer für die Ostermärsche und den Herbst koordinieren sollte, gescheitert; weder kam es zu einem weiteren Treffen des BAF-Spektrums in dieser Zusammensetzung noch zu einer gemeinsamen politischen Diskussion über die Möglichkeit, die Stationierung zu verhindern und weitergehende antimilitaristische Aktionen vorzubereiten.

Mohssen Massarats Argumentation (OFRI) sei als Beispiel für das BAF-Spektrum angeführt, welches glaubte, radikale und bürgerliche Aktionsformen könnten gemeinsam die Stationierung verhindern: „Unsere Friedensbewegung wird ihre Stärke durch Vielfalt noch bedeutend erweitern, wenn es uns gelingt, ein Klima zu schaffen, in dem es möglich und selbstverständlich wird, daß Anhänger des Krefelder Appells bei Aktionen des zivilen Ungehorsams weiterhin Unterschriften sammeln und Anhänger von radikaleren Positionen bei Informationsveranstaltungen und Demonstrationen für andere Widerstandsformen werben können.“<sup>71</sup>

#### *Bundestagswahl und Herbstaktionen der Friedensbewegung: die Stationierung kann nicht mehr verhindert werden*

Nach dem überwältigenden Wahlsieg für die rechtsliberale Koalition aus CDU/CSU und FDP, die Bundeskanzler Kohl in seinem Amt bestätigte, hätte man glauben sollen, daß die Friedensbewegung zu einer genaueren Bestimmung ihrer Möglichkeiten gekommen wäre. Aber namhafte Sprecher aller Strömungen der etablierten Friedensorganisationen hoben in Presseerklärungen hervor, daß durch die Wahl kein Votum zur Stationierung gegeben worden sei.<sup>72</sup> Zwar wurde einschränkend festgestellt, daß die vom CDU/CSU-Wahlsieg ausgehenden Wirkungen auf „die gesellschaftliche Atmosphäre“ nicht zu unterschätzen seien, die Friedensbewegung müsse aber jetzt alle Anstrengungen machen, das 'Nein' zu den neuen Raketen auch in die CDU zu tragen. Diese optimistische Illusion fußte auf der Annahme, daß es sich die Regierung angesichts einer breiten Gegnerschaft nicht leisten könne, durch die Stationierung eine „Spaltung der Gesellschaft“, so das KOFAZ-Spektrum, zu riskieren.<sup>73</sup>

Ein Vertreter dieser Position war Jo Leinen: „Meine These: die Friedensbewegung muß eine breite Volksbewegung sein, die in allen sozialen und politischen Schichten der Gesellschaft verankert ist. Nur so wird die Kraftprobe mit dem überaus mächtigen Gegner (Bundesregierung, NATO, USA, militärisch-industrieller Komplex) mittelfristig zu gewinnen sein. Gewaltfreie Aktionen des zivilen Ungehorsams gehören genauso zum Aktionsrahmen der Friedensbewegung wie Appelle und Demonstrationen. Gewalt widerspricht der Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung und schadet ihren Zielsetzungen. Ergebnis: die Friedensbewegung ist eine große Volksbewegung geworden.“<sup>74</sup>

Zur neuen Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP schrieb er: „Die Bundesregierung ist zwar in der Lage, mit staatlichen Machtmitteln die ersten Pershing II in die Bundesrepublik hereinzulassen; die geistig-politische Auseinandersetzung um die Atomwaffen und die militärische Aufrüstung hat die Regierung jedoch bereits jetzt verloren.“<sup>75</sup> Aber auch die Unabhängigen in der Friedensbewegung, wie Mohssen Massarat oder Manfred Kühle, konnten sich die Grundvoraussetzungen zur Verhinderung der Stationierung nur als Einheit in der Vielfalt vorstellen; im Kompromiß des radikaleren, autonomen Flügels mit den hegemonialen Apparaten:

<sup>69</sup> Ebd., S. 7

<sup>70</sup> *BAF-Info*, 2. Januar 1983, S. 16

<sup>71</sup> Legrand, a.a.O., S. 249

<sup>72</sup> *Rote Blätter*, 13. Jahrgang 1983, Nr. 4, S. 7

<sup>73</sup> Jo Leinen, Rechenschaftsbericht für das BBU-Vorstandsjahr 1982/83 vom 24.11.1983; in: BBU, *Protokoll und Beschlüsse der BBU-Mitgliederversammlung vom 25.-27.11.1983 in Mörfelden-Walldorf*, o.O., o.J. (Bonn 1983)

<sup>74</sup> Ebd., S. 2

<sup>75</sup> Mohssen Massarat/Manfred Kühle, Gefahr oder Chance für die Friedensbewegung,, in: *taz* vom 27.5.1983

„Das faktische Bündnis der 'Staatsloyalen' mit den 'Systemveränderern', die sich ergänzenden traditionellen Protestformen wie Appelle, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen mit radikalen Widerstandsformen wie Hungerstreik und allerlei Aktionen des zivilen Ungehorsams zusammen machen die Stärke der Friedensbewegung aus. Das Zusammengehen der 'Konservativen' und 'Radikalen' ist nicht die Gefahr, sondern die Chance für die Friedensbewegung. Die Legitimation des produktiven und historisch notwendigen Bündnisses beruht weder auf der Systemerhaltung noch auf der Systemveränderung, sondern auf dem übergreifenden Nahziel der Verhinderung der Raketenstationierung.“<sup>76</sup>

Zumindest zu diesem Zeitpunkt war deutlich abzusehen, daß die Stationierung durch Demonstrationen nicht mehr zu verhindern war; dem alten Konzept der Friedensbewegung, durch Appelle und Demonstrationen an die Adresse der sozialliberalen Regierung innerhalb der SPD einen hegemonialen Bruch zwischen verschiedenen Fraktionen zu erzeugen, die SPD zu spalten und dem Bundeskanzler Schmidt die parlamentarischen Mehrheiten für die Nachrüstung zu entziehen, wurde durch den CDU-Wahlsieg die Grundlage geraubt. Eine Strategiedebatte in der Friedensbewegung, die ihre Möglichkeiten und Bedingungen angesichts des CDU-Staates erörtert hätte, fand nicht statt – auch nicht bei den Unabhängigen. Uneingestandener Konsens aller Friedensgruppen war, daß die Nachrüstung nicht mehr zu verhindern sei; abgesehen davon, daß die Großorganisationen der Friedensbewegung, wie KOFAZ, ASF oder BBU gar keine Debatte um die Möglichkeit der Verhinderung der Stationierung führen wollten, weil dies eine grundsätzliche Umorientierung in den Politikformen und eine Radikalisierung der Aktionen erfordert hätte, die die Grundlage der hegemonialen Apparate untergraben hätte.

Auf der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17. April 1983 wurden die Kompromißlinien und gemeinsamen Aktionen für die Aktionswoche im Herbst festgelegt: darunter befanden sich die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm mit anschließenden Volksversammlungen in beiden Städten, weitere Volksversammlungen in Bonn, Berlin und Hamburg. Das KOFAZ-Spektrum, das im Herbst nur wieder eine zentrale Großdemonstration in Bonn veranstalten wollte, konnte sich gegen BBU und ASF nicht durchsetzen, die auf einen Kompromiß mit den Unabhängigen hinarbeiteten. „So kam der Kompromiß auf dem Kölner Treffen auch weniger aufgrund der Stärke und des Durchsetzungsvermögens der anwesenden Vertreter des unabhängigen Spektrums zustande. Den Ausschlag gab vielmehr die Tatsache, daß auch die Vertreter kirchlicher Gruppen (neben den Grünen, BAF, Frauen für Frieden, FÖGA, BUKO, Ohne Rüstung Leben u.a.) sich gegen die KOFAZ-Vorstellungen wandten, sowie die eindeutige Angst des letztgenannten Lagers vor einer Spaltung der Friedensbewegung.“<sup>77</sup>

Die politischen Vorstellungen der Friedensbewegung zur Verhinderung der Stationierung drückten sich in dieser Phase in verschiedenen Kampagnen aus: Jo Leinen (BBU), Andreas Zumbach von ASF, die Bundestagsfraktion der Grünen, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands und der Kommunistische Bund (KB) bildeten das seltsame Bündnis für die „Kampagne Volksbefragung zur Nachrüstung“, die sich wie alle Unterschriftenkampagnen in einem erneuten Appell an die Herrschenden wandte, die Stationierung zu verschieben oder auszusetzen. Autonome wie antimilitaristische Kräfte hofften auf eine Radikalisierung der Basis der Friedensbewegung und bereiteten auf einem Treffen für direkte Aktionen an militärischen Standorten, das am 28. und 29. Mai 1983 in Frankfurt mit ca. 200 Teilnehmern stattfand, ihre Aktionen zivilen Ungehorsams und Blockaden für die herbstliche Aktionswoche vor.

Teile des BAF-Spektrums und die FÖGA eröffneten am 22.6. die „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam“ in Kassel, die die geplanten Blockadeaktionen vor der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven und Nordenham, des Kaffeeimporteurs Rothfoss in Hamburg, die Blockade der Wiley-Barracks in Neu-Ulm und des EUCOM-Centers ebenso wie die Blockade des Militärstützpunktes Ramstein vorbereiteten. Dazu kamen geplante Aktionen gegen das Bonner Kriegsministerium auf der Hardthöhe und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wie auch die antimilitaristische Blockade der Freiburger Rüstungsfirma LITEF, um nur einen kleinen Teil der Aktionen aufzuzählen. Erst relativ spät wurde von der Hamburger Grün-Alternativen Liste eine Blockadeaktion vor dem Springer-Hochhaus während der Aktionswoche vorbereitet, um damit ideell an die „Zerschlagt-Springer“-Kampagne des SDS von 1968 anzuknüpfen.

Auffällig war, daß die unabhängigen Friedensgruppen auf den Nord- und Südkonferenzen Ende August 1983 im wesentlichen ihre Aktionsvorschläge durchsetzen konnten, aber nur um den Preis, daß neben Blockaden auch Menschenketten und Schweigen für den Frieden stattfanden. Innerhalb der Friedensbewegung entfaltete sich keine massenhafte soziale Dynamik, die in eine Radikalisierung der Aktionen zur Verhinderung der Stationierung gemündet hätte.

Das Treffen des autonomen Flügels am 27./28.8.1983 in Marburg mit 200 Teilnehmern unter dem Titel „Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen“ bewies ein geringes Interesse an politisch-theoretischer Diskussion; im Vordergrund stand die Kritik an den Deeskalationsgesprächen von Jo Leinen mit der Polizei und Vertretern des Staatsapparates in Loccum. Hundert-

<sup>76</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 6/1983, S. IV-25

<sup>77</sup> Lt. taz vom 30.8.1983

tausende, ja Millionen sollten in der Aktionswoche im Oktober in Aktionen zivilen Ungehorsams einbezogen werden, um die Loyalität gegenüber der rechtsliberalen Regierung aufzukündigen. Aber die Unabhängigen waren realistisch genug zu sehen, daß „die emotionale Atmosphäre nicht vorhanden sei, vom Protest zum Widerstand zu kommen; die notwendige regionale Verankerung sei vermutlich an keinem der in Frage kommenden Orte gewährleistet...“<sup>78</sup>, um z.B. die Dauerblockade einer militärischen Einrichtung durchzuführen, wie es etwa der Vorschlag von Günter Anders gewesen war (s. seinen Artikel in diesem Buch).

Durch die Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15.-22. Oktober 1983 wurden so viele Menschen wie noch nie in der Bundesrepublik von einer außerparlamentarischen Massenbewegung mobilisiert; die Aktionswoche war zugleich Höhepunkt friedenspolitischen Engagements wie auch Niederlage der Forderung nach der Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses und Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen. Ca. 1,2 Millionen Menschen beteiligten sich an Demonstrationen und Volksversammlungen der Friedensbewegung, aber nur der geringste Teil der Aktivisten war zu Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams bereit. Während der von Hunderttausenden besuchten Volksversammlung in Neu-Ulm wurden die wenigen Blockadeteilnehmer von der Polizei abgeräumt, ohne daß sich eine Solidarisierung oder Verbindung zwischen beiden Aktionsformen ergeben hätte.

Dennoch wurde durch eine Vielzahl von Blockadeaktionen deutlich, daß eine kleine Minderheit zu radikaleren Schritten gegenüber dem herrschenden System bereit war. In Ansätzen zeigte sich in den Großstädten eine soziale Bewegung, die einen emanzipatorischen Anspruch formulierte, der über den von den hegemonialen Apparaten vertretenen Minimalkonsens hinausging: Blockaden gegen militärische Infrastrukturen, Kasernen und Rüstungsfirmen, Aktionen gegen Profiteure von Bürgerkriegen in der Dritten Welt (Rothfoss in Hamburg), Verhinderung der Auslieferung der Springer-Zeitung „Bild“ ebenso wie die versuchte Behinderung der Arbeit des Kriegsministeriums waren marginale Ansätze, antimilitaristischen Protest gegen die herrschenden kapitalistischen Strukturen im eigenen Land zum Ausdruck zu bringen. Aber Subalternität der Friedensbewegung und antimilitaristischer Widerstand liegen nicht, wie man sich das zunächst denken und wünschen könnte, weit auseinander, deutlich voneinander abgesetzt, sondern sind miteinander verflochten wie die Fäden eines Gewebes. Formen der Protest- und Widerstandskultur, wie sie sich massenhaft in der Aktionswoche zeigten, waren zugleich Formen, in denen sich die Mitglieder der Friedensbewegung zur Subalternität unter die hegemonialen Apparate verurteilten, wie die meisten Demonstrationen, Mahnwachen und Gottesdienste bewiesen.

#### *Diskussionen und Aktionen der Friedensbewegung im Nachherbst*

„Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung hat eine organisatorische Meisterleistung vollbracht. Stellvertretend für die gesamte Friedensbewegung sollte dieses Gremium für den nächsten Friedensnobelpreis vorgeschlagen werden.“<sup>79</sup>

Nach der Aktionswoche der Friedensbewegung erklärte der Sprecher des Koordinationsausschusses, Jo Leinen, die Friedensbewegung hätte ihre „demokratische Reifeprüfung“ durch die konsequente Einhaltung der Gewaltfreiheit bestanden. Besonders die Volksversammlungen hätten gezeigt, daß „der Bundesregierung in der Raketenfrage die Gesellschaft wegbriecht und sie in eine Minderheitenposition gerät.“<sup>80</sup> Nach den Äußerungen des Koordinationsausschusses würde der nächste Schwerpunkt der Friedensarbeit jetzt die Kampagne zur Volksbefragung sein. „Ein Kabinetts- und Parlamentsbeschluß reiche bei der Raketenstationierung nicht aus, sagte Zumach (ASF), die Kluft zwischen der Mehrheit der Volksvertreter und der Mehrheit der Bevölkerung sei in dieser Frage zu groß. Kein Abgeordneter dürfe sich hinter anonymen Parteiapparaten oder der Fraktionsdisziplin verstecken.“<sup>81</sup>

Aus politischer Erfahrung hätte der Friedensbewegung gerade während der Stationierung deutlich werden müssen, daß das Parlament sich darauf beschränkt, bereits getroffene Entscheidungen des herrschenden Blocks zu veröffentlichen, da die faktische Macht aus den Parlamenten ausgewandert ist. In dieser Erklärung von ASF zeigt sich deutlich, daß ihre Funktion als hegemonialer Apparat darin bestand, die autonomen Interessen der Friedensbewegung nicht gegen den herrschenden Block durchzusetzen, sondern mit der herrschenden, politischen Entscheidungsfindung zu vermitteln, indem das Problem der Raketenstationierung auf das moralische Gewissen des einzelnen Bundestagsabgeordneten verlagert wurde. Diese moralische Argumentation zeigte sich nochmals deutlich im Aufruf von ASF und AGDF zur vierten bundesweiten Friedenswoche vom 6.-16.11.1983: „Bleiben wir entsprechend dem Beispiel Jesu Christi in unserem Denken und

<sup>78</sup> Horst Isola, Nach der Friedenswoche – wie geht es weiter? in: Christoph Butterwegge u.a. (Hrg.), *Friedensbewegung – was nun?* Hamburg 1983, S. 26

<sup>79</sup> Lt. *taz* vom 25.10.1983

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> ASF und AGDF, *Aufruf zur 4. bundesweiten Friedenswoche*, o.O., o.J.

Reden und Tun gewaltfrei! Nicht die Entscheidungsfähigkeit anderer zu beschränken, sondern durch unsere Argumente und Handlungen andere zu gewinnen, daß sie kritisch den bisherigen Weg überdenken, ist das Ziel... Beten, gemeinsam erneut beten lernen und Fürbitte sind notwendig.“<sup>82</sup>

Auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln vom 5. und 6. November 1983 wurden Jo Leinen und Gunnar Matthiesen (KOFAZ) wegen der Anmaßung des politischen Mandats im Koordinationsausschuß von den Unabhängigen scharf kritisiert. Vor allem die Distanzierung von den Krefelder Auseinandersetzungen und die Durchsetzung des Rederechts für den SPD-Parteivorsitzenden Willi Brandt auf der Bonner Volksversammlung wurde ihnen vom BAF-Spektrum vorgeworfen. Aber insgesamt erwies die Aktionskonferenz die Unfähigkeit der Friedensbewegung zu Lernprozessen, denn „nach Ansicht der Mehrheit geht es – wenn es nicht gelingen sollte, die Stationierung zu verhindern – in der nächsten Zeit darum, die Friedensbewegung zu verbreitern, um so den zwei Jahre dauernden Stationierungsprozeß zu stoppen und langfristig den Abbau der Raketen zu erzwingen.“<sup>83</sup>

BBU und ASF setzten mit Mehrheit durch, daß ab dem 21.11.1983 die Kampagne für Volksbefragung von der ganzen Friedensbewegung unterstützt werden sollte. Auf fatale Weise ergänzten sich der erschreckende Mangel an politisch aufgeklärter Radikalität an der Basis und die Halluzinationen von Spitzenfunktionären der Friedensverbände: „Für die Zeit bis zum 19. November 1983 rufen wir die Friedensgruppen und die Bevölkerung in den einzelnen Bundestagswahlbezirken zu einer Gewissensprüfung ihrer Abgeordneten auf. Kein Abgeordneter darf sich bei der Debatte und Abstimmung am 21./22. November im Bundestag hinter tatsächlichen und vermeintlichen Partei- oder Fraktionszwängen verstecken. Insbesondere die Wähler, Mitglieder und Anhänger von CDU/CSU und der FDP, die sich bei Umfragen der vergangenen Monate mehrheitlich gegen die Stationierung und für Weiterverhandlungen ausgesprochen haben, sollen dies gegenüber ihren Abgeordneten öffentlich zum Ausdruck bringen.“<sup>84</sup>

Ebenso wie die SPD forderten die offiziellen Sprecher der Friedensbewegung jetzt ein Weiterverhandeln in Genf und individualisierten die Frage der Stationierung auf ein moralisches Problem der einzelnen Abgeordneten: dem Zynismus der Macht- und Interessenpolitiker der rechtsliberalen Koalition entsprach das Bedürfnis der Friedensbewegung nach moralischen Menschlichkeitsdarstellungen. Genau diesem Fehler unterlagen auch die Kritiker Leinens und Matthiesens aus dem Lager der Unabhängigen: „Die Tatsache, daß in knapp zwei Wochen stationiert wird, bedeutet doch, daß die Versprechungen des KOFAZ- und SPD-nahen Spektrums, die Verbreiterung der Bewegung in SPD und DGB allein und nicht entschiedenere Aktionsformen und radikalere Inhalte könnten die Stationierung verhindern, sich als falsch erwiesen haben. Es ist fatal, daß es der unabhängigen Friedensbewegung nicht gelang, die Kritik daran so einzubringen, daß darüber eine politische Auseinandersetzung möglich gewesen wäre. Sie war viel zu stark an den Personen Jo Leinen und Gunnar Matthiesen festgemacht.“<sup>85</sup>

Im Anschluß an die Aktionskonferenz riefen die Unabhängigen zu einer zentralen gewaltfreien Blockade bzw. Belagerung des Bundestages in Bonn am Tage der parlamentarischen Abstimmung, dem 22.11.1983, auf. Dies wurde aber vom KOFAZ-Spektrum, von BBU und ASF mit der Begründung abgelehnt, „eine Mißachtung der Bannmeile stelle einen massiven Gesetzesbruch dar und berge die Gefahr von Gewalttaten.“<sup>86</sup> Ferner wurden bundesweite Widerstandstage für den 12.12.1983 und den 30.1.1984 beschlossen, bevor die nächste Aktionskonferenz am 11. und 12. Februar 1984 weitere Schritte beschließen sollte. Bekanntlich schafften es die unabhängigen Kräfte, zum 22.11. Tausende von Stationierungsgegnern zur zentralen Blockade des Bundestages zu mobilisieren, die allerdings mit brutaler Polizeigewalt und Wasserwerfern immer wieder abgedrängt wurden. Das Resultat der parlamentarischen Abstimmung war zu erwarten: die CDU/CSU-Fraktion wie die FDP stimmten für die Stationierung, eine Mehrheit in der SPD und die Grünen dagegen. Damit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen beschlossene Sache.

Weder die kurzfristige Mobilisierung der Friedensbewegung gegen die Pershing II-Montagestätte in Frankfurt-Hausen noch die Aktionen am Stationierungsort Mutlangen konnten die Aufstellung der US-Raketen verhindern. Zudem wirkte sich für die Blockaden in Mutlangen der Umstand fatal aus, daß die Friedensbewegung von der konservativen Bevölkerung isoliert war, aber auch keine Schritte unternahm, durch politische Analyse und längerfristige Aktionsvorbereitung den Widerstand gegen die Militäranlagen in die Bevölkerung zu tragen.

Auf der organisatorischen Ebene war es der Erfolg der Unabhängigen, die sechsköpfige Geschäftsführung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung zur Auflösung zu bringen.

<sup>82</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 11/1983, S. IV-58

<sup>83</sup> Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Aktionsprogramm der Friedensbewegung, beschlossen auf der Aktionskonferenz am 5. und 6. November 1983 in Köln, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 11/1983, S. 1523

<sup>84</sup> *taz* vom 7.11.1983

<sup>85</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 11/1983, S. IV-57

<sup>86</sup> *Frankfurter Rundschau* vom 19.12.1983

Denn der Koordinationsausschuß, ein Gremium aus mittlerweile sechszwanzig Organisationen, beschloß, eine konsultative Volksbefragung gegen die Raketenstationierung selbständig durchzuführen: allerdings war die Vorherrschaft der pazifistischen Vereinsmeierei nicht nur in der Geschäftsführung, sondern auch im Koordinationsausschuß ungebrochen. In einem neuen Positionspapier nach der Raketenstationierung verkaufte ASF die alten politischen Inhalte: „Man kann berechtigterweise sagen: Die Befürworter einer Stationierung neuer Waffen in der Bundesrepublik sind in unserer Gesellschaft eine Minorität. Insofern war die Herbstaktions-Woche in der Friedensbewegung auch so etwas wie ein Volksentscheid. Damit ist ein guter Ansatz für den weiteren Lernprozeß der Friedensbewegung geschaffen. Der Annäherungsprozeß zwischen Organisationen der Friedensbewegung und den Organisationen der Arbeiterbewegung ist weiter fortgeschritten. ... Zwar haben die Gewerkschaften und die SPD sich an den Herbstaktionen als Organisationen beteiligt. Die Folgen ihres 'Nein' zur Stationierung sind aber noch nicht genügend deutlich geworden. Sie lehnen eine konsultative Volksbefragung ab. Aus dem 'Nein' zur Stationierung ist keine Bereitschaft gewachsen, etwa in Form von Arbeitsniederlegungen in den Betrieben aktiv etwas gegen die Stationierung zu unternehmen.“<sup>87</sup>

Dies dürfte nun keineswegs als Plädoyer von ASF verstanden werden, Streiks gegen die Stationierung zu fordern; denn wie SPD und DGB setzte auch ASF alles daran, eine autonome Organisation des Widerstandes, sei's innerhalb der Friedensbewegung, sei's innerhalb der Betriebe zu verhindern. Nach der gescheiterten Kampagne, atomwaffenfreie Zonen in der Bundesrepublik zu schaffen, setzte ASF jetzt auf die Kampagne zur Volksbefragung: „Es ist wichtig, jetzt nicht in den Automatismus der Eskalation der Methoden des Kampfes hineinzugeraten. Alles, was wir von jetzt an tun, muß den maximalen Druck gegen den anhaltenden Stationierungs-Vorgang vereinen mit den politischen Perspektiven längerfristiger Arbeit der Friedensbewegung... Die Kampagne für eine Volksbefragung an der Basis sollte auf jeden Fall weitergehen. Solch eine Kampagne kann das Aktionsbindglied zu einer längerfristigen Arbeit der Friedensbewegung sein.“<sup>88</sup> Darin war sich Andreas Zumach (ASF) mit Jo Leinen einig, der im Rechenschaftsbericht vor der BBU-Mitgliederversammlung im November 1983 die gleiche politische Einschätzung von sich gab.<sup>89</sup>

Ganz anders waren dagegen die politischen Diskussionen und Beschlüsse der ersten „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF) in Frankfurt vom 21. und 22. Januar 1984 mit über 300 Teilnehmern. Auch hier wieder bekannte Gesichter: im wesentlichen rekrutierte sich BUF aus den unabhängigen Osnabrücker, Bremer und Hamburger Friedensinitiativen, den Vereinigten Münchner Friedensgruppen und dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Gruppen der FÖGA und der Initiative Kirche von unten neben den Initiativgruppen gegen Munitionstransporte aus dem Norden der Republik.

An Kritik und Selbstkritik bezüglich der vergangenen Niederlage der Friedensbewegung gegen die Stationierung war indes weder in den Arbeitsgruppen noch im Plenum etwas zu vernehmen; genauso wenig fanden politisch-theoretische Debatten über die Perspektive der Friedensbewegung im CDU-Staat und die Umorientierung der SPD statt. Einig war man sich in der aktionistischen Grundhaltung, die sich in den Aufrufen zur Demonstration an der Startbahn West zu deren Einweihung, zur Menschenkette in Lüchow-Dannenberg, zu Ostermärschen an den Stationierungsorten wie zur Behinderung der NATO-Manöver im Fulda-„Gap“ im Herbst 1984 äußerten.

Man stritt sich auf einer politisch eher folgenlos bleibenden Ebene, stimmte man doch in den Aktionen schnell überein: die als „antiimperialistisch“ bezeichnete Position, von Werner Raetz (BUKO), Dietrich Schulze-Marmeling (Frankfurter Startbahn-BI) und anderen vertreten<sup>90</sup>, analysierte die NATO-Strategie ausgehend von Air Land Battle 2000, der Schaffung schneller Einsatztruppen gegen die Golfregion, dem War Host Nation Support-Abkommen und der imperialistischen Aggression gegenüber der Dritten Welt durch die USA. Diese Entwicklung galt den „Antiimperialisten“ als deutlicher Beweis für eine Kriegsführungsstrategie der USA bzw. NATO gegenüber dem Rest der Welt. Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt wie ein „neutraler“ Standpunkt gegenüber der Sowjetunion und ihrer Rüstung waren weitere Bezugspunkte. Vorschnell wurden Kapitalexpansion und imperialistische Kriegsstrategie addiert, ideologische Begründungen und Legitimationen des herrschenden Blocks spielten keine Rolle, da der Staatsapparat allein als militärischer Gewaltapparat, als geschäftsführender Ausschuß der reaktionären Kapitalfraktionen, zu verstehen sei.

Die als „antimilitaristisch“ bezeichnete Position wurde im wesentlichen von Mohssen Massarat (OFRI), von der FÖGA und anderen Gruppen vertreten; es ging ihr im wesentlichen um den Ausstieg aus der Blocklogik der militärischen Supermächte, die Ablehnung der sowjetischen Nach-Nachrüstung und eine grundsätzliche Ablehnung des Prinzips der Drohung und Abschreckung mit Massen Vernichtungsmitteln.

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Siehe Fußnote 50

<sup>89</sup> Vgl. dazu den BUF-Reader, Kassel 1984, 2 Teile; dazu die Beiträge von Massarat, Schulze-Marmeling und Raetz in: *Moderne Zeiten*, Heft 4/1984

<sup>90</sup> *antimilitarismus-information*, Heft 3/1984, S. IV-10

Trotz unterschiedlicher Begründungen und heftiger Diskussionen, die in einem Konsens-Dissens-Papier festgehalten wurden, waren sich beide Strömungen über die Zusammenarbeit wie die Abgrenzung gegenüber den hegemonialen Apparaten der traditionellen Friedensbewegung einig: neben dem Stop der Stationierung, dem Abzug aller ABC-Waffen, dem Ausstieg aus der konventionellen Aufrüstung und der Forderung nach einer massiven Verweigerungskampagne wurde auch der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft gefordert – als neuer Minimalkonsens für die gesamte Friedensbewegung.

*Die Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung  
vom 11. und 12. Februar 1984 in Köln*

Auch bei der zweiten Aktionskonferenz nach den Herbstaktionen 1983 mit ca. 1000 Teilnehmern erfolgte keine wesentliche Änderung der Positionen: während die Großorganisationen BBU, ASF und KOFAZ weiterhin auf die Volksbefragungskampagnen setzten, suchte das Spektrum der Unabhängigen mit dem neuen Minimalkonsens den Konflikt. Aber alle bekamen, was sie wollten: die Aktionskonferenz beschloß mit Mehrheit, am 17. Juni 1984 die Volksbefragung durchzuführen, die Unabhängigen erzielten Erfolg mit einer Mehrheit für die Erweiterung des Minimalkonsenses und für die Unterstützung der Verweigerungsaktion. Zwar wollten die Unabhängigen die Volksbefragung nicht unterstützen, „weil sie organisatorisch nicht durchführbar und nicht mehr als eine Beschäftigungstherapie sei“<sup>91</sup>, aber die Großorganisationen werden die Kampagne trotzdem weiterführen. ASF forderte, es solle „eine Namensänderung im Sinne von Bürgerbefragung erfolgen. Für das KOFAZ war diejenige Aktion die radikalste, an der sich die meisten Menschen beteiligen können. Deshalb und um die Mehrheit vom Herbst gegen die Raketenstationierung zurückzugewinnen, sollte die Volksbefragung durchgeführt werden. Schließlich wurde mehrheitlich beschlossen, eine möglichst breite Volksbefragung als Kampagne mit Höhepunkt am 17. Juni 1984 zu organisieren.“

Zwar wurde die von den Unabhängigen geforderte Verweigerungskampagne von der Aktionskonferenz insgesamt beschlossen, durchgeführt wird sie jedoch von den Unabhängigen alleine; das pazifistische Vereinswesen schuf Fakten durch die Mobilisierung für die Volksbefragung. Wie bisher waren sich die Gruppierungen auf dem Papier einig, die reale Politik wird jedoch nach den jeweiligen Interessen der Gruppen durchgeführt, wobei sich eindeutig die hegemonialen Großorganisationen durchsetzen. Sie bestimmen die Politikinhalte und Aktionsformen für den überwiegenden Teil der Friedensbewegung – und daran hat sich seit 1980 nichts geändert.

---

<sup>91</sup> Ebd.